



15.075

Bundesgesetz über Tabakprodukte

Loi sur les produits du tabac

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.06.16 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.06.16 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.12.16 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.12.20 (FORTSETZUNG - SUITE)

2. Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten 2. Loi fédérale sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques

Block 3 – Bloc 3

Kapitel 4: Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring
Chapitre 4: Publicité, promotion et parrainage

Wasserfallen Flavia (S, BE): Wir befinden uns in Block 3 bei der Beratung der Artikel 18, 18a, 18b, 19 und 20 des Tabakproduktegesetzes. Es geht hier um die Kernfrage des Gesetzes: Wie weit sollen Werbeeinschränkungen und Vorgaben zu Verkaufsförderung und Promotion gehen?

Während der Anhörungen in der Kommission und in verschiedenen Schreiben seitens der Tabaklobby wurden wir wiederholt darauf hingewiesen, dass sich Swiss Cigarette mit der Schweizerischen Lauterkeitskommission Selbstbeschränkungen in der Werbung vorgegeben hat. In diesem Ehrenkodex steht: keine Werbung in Printmedien, wenn die Leserschaft nicht mindestens zu 80 Prozent aus Erwachsenen besteht, und keine Printwerbung auf "People"-Seiten. So sieht die Umsetzung dieses Ehrenkodexes aus: Zwei Tage bevor wir in der Kommission mit der Detailberatung anfangen, erschien auf der "People"-Seite einer Gratiszeitung ein halbseitiges Inserat von Philip Morris. Just gestern, als wir im Rat mit der Beratung des Tabakproduktegesetzes anfangen, erschien wieder ein halbseitiges Inserat von Philip Morris, wieder in der gleichen Gratiszeitung. Ich glaube, wir können sagen: Dieser Ehrenkodex ist gescheitert.

Wir sollten uns bei der Beratung dieses Gesetzes konsequent am Jugendschutz und an dem von der Schweiz unterzeichneten WHO-Übereinkommen orientieren. Wenn Ihnen die Ratifizierung internationaler Abkommen egal ist, dann ist es so. Was Ihnen aber nicht egal sein darf, ist, dass die grosse Mehrheit der Raucherinnen und Raucher als Minderjährige angefangen hat. Uns sollte auch zu denken geben, dass mittlerweile – das hat eine Studie des Kinderspitals Zürich gezeigt – 45 Prozent der 16-jährigen Jungs wöchentlich an einer elektronischen Zigarette ziehen. Es soll also jemand noch ernsthaft behaupten, elektronische Zigaretten und Alternativprodukte seien lediglich hilfreiche Aus- und Umsteigerprodukte. Das mögen sie sein. Für Jugendliche sind sie aber längstens zum Einstiegsprodukt für die Nikotinabhängigkeit avanciert, dies nicht zuletzt auch wegen der stylischen, coolen Werbung und dem coolen Image, das gepflegt wird.

Ihnen wird nicht entgangen sein, dass sowohl in kantonalen Abstimmungen als auch in kürzlich erfolgten Umfragen ein absolutes Werbeverbot für Tabakprodukte in der Stimmbevölkerung eine grosse Mehrheit findet. Als Gegenargument wird oft gesagt, die Produkte seien doch legal, und somit soll auch Werbung möglich sein. Aber jedes Jahr sterben in der Schweiz 9500 Menschen an den Folgen des Tabakkonsums. 4 Milliarden Franken an Gesundheitskosten und 3 Milliarden Franken an Kosten für die Wirtschaft entstehen in der Folge des Tabakkonsums.

Es ist deshalb – auch wenn es sich um ein legales Produkt handelt – klar im Interesse der Allgemeinheit, hier Einschränkungen vorzunehmen. Deshalb hat der Ständerat richtigerweise festgelegt, dass keine Werbung in



Printprodukten und im Internet mehr möglich sein soll, damit Jugendliche so nicht erreicht werden. Die Freiwilligkeit der Branche ist, wie ich Ihnen gezeigt habe, gescheitert. Ihre Kommission hat diese Bestimmungen wieder gestrichen und sich von diesen Einschränkungen entfernt.

Ich schlage Ihnen mit der Minderheit I einen Mittelweg vor, der sich im Wesentlichen an den Bestimmungen des gescheiterten Ehrenkodexes der Branche sowie an der ursprünglichen Vorlage des Bundesrates von 2015 orientiert. Ich möchte Sie auf zwei Punkte hinweisen, die mir in der Minderheit I besonders wichtig erscheinen: Es betrifft Artikel 18 Absatz 1bis Buchstaben b und bbis. Ich darf Ihnen auch sagen, dass ich diese zwei Punkte von meinem Kollegen aus der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Lorenz Hess, jetzt Rapporteur für dieses Geschäft, übernommen habe. Mit diesen beiden Buchstaben geben wir einen Mittelweg vor, wie diese Einschränkungen aussehen könnten, damit Werbung nur dort noch möglich ist, wo sie hauptsächlich Erwachsene erreicht, sei es in Printprodukten oder im Internet. Wir wollen den Jugendschutz ernst nehmen und Minderjährige vor Tabakwerbung schützen, und zwar konsequent. Das hat auch der Ständerat so gesehen.

Ich bitte Sie, meine Minderheit I und auch den Einzelantrag zu unterstützen.

Glarner Andreas (V, AG): Der Entwurf des Bundesrates bildet bei Artikel 18, "Einschränkungen der Werbung", ein sorgfältig austariertes Gleichgewicht zwischen dem Jugendschutz einerseits und der Wirtschafts- und Gewerbefreiheit andererseits. Das ist eine Freiheit, die jeder Branche in unserem Lande zusteht. Alle vom Ständerat beschlossenen Änderungen in Artikel 18 lehne ich deshalb ab. Ich beantrage, an der Fassung des Bundesrates festzuhalten.

Es ist mir unerklärlich, wie der Ständerat diese Verschärfungen annehmen konnte, auch wenn wir wissen, wer sie für ihn geschrieben hat. Unbestrittenermassen ist diese Werbung zu verbieten, wenn sie sich speziell an Minderjährige richtet. Aber zu schreiben "oder Minderjährige erreicht" geht nun wirklich deutlich zu weit. Denn erreichen kann eine Werbung einen Minderjährigen ja wohl jederzeit und überall. Wichtig ist doch, dass eine solche Werbung sich auf keinen Fall speziell an Minderjährige richten darf; dies ist längst erfüllt.

Das Parlament hat sich bereits 2016 mit dem Entscheid zur Rückweisung an den Bundesrat explizit gegen weiterführende Werbeverbote ausgesprochen. Werbeverbote und Werbeeinschränkungen müssen verhältnismässig und ihr Nutzen durch Fakten belegt sein. Im Zweifelsfall ist auf unnötige Verbote zu verzichten. Ich bitte Sie daher, die Verschärfungen abzulehnen und dem Bundesrat zu folgen.

Artikel 18 Absatz 1bis ist zu streichen, da es nicht angeht, dass man zusammengehörende Produkte nicht bewerben darf. In Artikel 18 Absatz 1bis Buchstabe c offenbart sich der totale Unsinn gesetzgeberischer Leistung. Also bitte: Dass ein Plakat nicht auf öffentlichem Grund aufgestellt werden darf, reicht doch. Wenn man dann aber schreibt, man dürfe es zwar auf privatem Grund aufstellen, aber nur, wenn es dann nicht vom öffentlichen Grund aus eingesehen werden könne, wirft das die Frage auf, wozu man denn ein Plakat macht. All diese unnötigen Verbote sind zu streichen.

Bei Artikel 18a, "Verkaufsförderung", bitte ich Sie ebenfalls, alle weiteren Einschränkungen zu streichen, zumindest aber die Produkte auszunehmen, deren Rauch ja gar nicht eingeatmet wird.

Gemäss Artikel 20 sollen die Kantone noch strengere Vorschriften erlassen können. Es wird dann etwas schwierig, wenn ein Heft mit Tabakwerbung in einem Kanton verkauft werden darf, in einem anderen hingegen nicht. Es stellt sich gar die Frage, ob man ein solches Heft dann mit dem Auto über die Kantonsgrenze bringen dürfte. Hören Sie bitte auf, hier drin solche unpraktikablen Vorschriften zu erlassen. Wenn Sie solche Werbeverbote annehmen, führt dies zu einem Dammbruch, und es folgen bald – glauben Sie mir das, es wird ja jetzt hier protokolliert – Verbote für Benzin-, Auto-, Wein- und vielleicht sogar Schokoladenwerbung.

AB 2020 N 2360 / BO 2020 N 2360

Wir sind gegen alle vom Ständerat zusätzlich eingefügten Beschränkungen. Das wäre gerade in der jetzigen Zeit verheerend, in der die Veranstaltungsbranche und die Kulturschaffenden sich beklagen, sie hätten keine Einkünfte mehr; es wäre der Todesstoss für viele Veranstaltungen.

Weichelt-Picard Manuela (G, ZG): Die Minderheit III möchte die Werbung für Tabakprodukte und elektronische Zigaretten nicht nur für Minderjährige untersagen, sondern generell.

Wir sind uns ja einig, dass Zigarettenrauchen schädlich ist: Die jährlich 9500 tabakbedingten Todesfälle sind ein volkswirtschaftlicher Blödsinn. Die Therapiekosten und die suchtbedingten Kosten werden zu einem grossen Teil dem Staat übertragen. Die Tabakindustrie beteiligt sich nicht an den Folgen. Weiter haben wir rund 2 Milliarden Franken indirekte Kosten pro Jahr für die Wirtschaft zu verzeichnen.

Es gibt angesichts dieser hohen Kosten für die Allgemeinheit keinen Grund, die Werbung für Erwachsene



zuzulassen. Möchte sich jemand schädigen, dann muss dies nicht noch mittels Werbung unterstützt werden. Werbung und Sponsoring sind nahe beieinander, auch wenn das Sponsoring dann in Artikel 18b speziell behandelt wird. Doch wo ein Sponsoring ist, da ist auch Werbung. Gerade letzte Woche hat die "NZZ" einmal mehr Philip Morris erwähnt. Ich zitiere die "NZZ": "Philip Morris und Ignazio Cassis: Dieses ungewöhnliche Bündnis war der Sommer-Skandal des Jahres 2019 – zumindest gemessen an den Empörungstürmen auf Twitter. Aussenminister Cassis hatte angeblich einen Deal gutgeheissen, mit dem der Tabakproduzent als Sponsor zu einem prominenten Auftritt im Schweizer Pavillon an der Expo in Dubai gekommen wäre." Schieben wir dem Sponsoring den Riegel, dann haben wir auch viel im Bereich der Werbung und schlussendlich auch etwas gegen die unnötigen Todesfälle getan.

Die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) hat uns in der Kommission deutlich gesagt, dass die Werbe- und Sponsoringbeschränkungen zu wenig weit gehen. Die GDK bedauert es, dass sich die Werbeeinschränkung in der Vorlage nur auf Minderjährige bezieht.

Die grüne Fraktion teilt die Meinung der GDK und erwartet, dass sich das Parlament nicht durch die Tabaklobby kaufen lässt, sondern die Kantone unterstützt, welche die Folgen des Tabakkonsums mitzutragen haben.

Aeschi Thomas (V, ZG): Ich möchte hier vor Ihnen eine Lanze für Zigarren und Zigarillos brechen. Diese werden fast ausschliesslich von informiert handelnden Geniessern konsumiert. Eine Zigarre und auch Zigarillos sind eher hochpreisige Produkte, die nicht eins zu eins zum Beispiel mit Zigaretten verglichen werden können. Sie sind auch kein Einstiegsprodukt für Erstraucher. Entsprechend beantragen wir Ihnen, dass die Präventionspolitik sie eben unterschiedlich behandelt und auf ein Verbot von persönlichen Demonstrationen und Promotionen verzichtet. Wenn man schaut, was die Regeln im Ausland sind, dann sieht man, dass zum Beispiel in Deutschland die kostenlose Abgabe von Zigarren und Zigarillos an erwachsene Konsumenten explizit erlaubt ist.

Ich bitte Sie, entsprechend meine Minderheit zu unterstützen und damit auch Sorge zu den 300 mehrheitlich in wirtschaftlich schwachen Regionen angesiedelten Arbeitsplätzen der Schweizer Zigarrenfabrikanten zu tragen.

Sauter Regine (RL, ZH): Ich spreche zu Artikel 18b und meinem Minderheitsantrag betreffend das Sponsoring. Sponsoring ist eine Form der Zusammenarbeit zwischen zwei Partnern. Die eine Seite profitiert von finanzieller Unterstützung, die andere von einem Imagetransfer. Sponsoring durch ein Unternehmen ist beispielsweise bei kulturellen oder sportlichen Veranstaltungen häufig, aber auch Institutionen, z. B. Universitätsinstitute oder Museen, werden durch Sponsoren unterstützt.

Worin nun der Unterschied liegt, wenn eine Ausstellung in einem Museum durch eine Bank oder ein Tabakunternehmen unterstützt wird, kann ich mir nicht erklären. In beiden Fällen werden Sie als Besucherin oder als Besucher einfach ein Logo sehen. Dass Jugendliche zum Rauchen verführt würden, wenn sie diese Ausstellung besuchen, kann ich mir jetzt wirklich nicht vorstellen.

Der Antrag der Minderheit I (Feri Yvonne) ist in diesem Sinne zumindest ehrlich, da demnach Sponsoring gänzlich verboten werden soll. Man will diesen Unternehmen keine Möglichkeit zu einem Auftritt geben.

Die Forderung des Ständerates bei Absatz 2, dass kein Sponsoring bei von Bund, Kantonen und Gemeinden organisierten Veranstaltungen und Tätigkeiten erfolgen darf, ist zudem kurzsichtig. Wenn sich diese Geldgeber aus der Unterstützung von öffentlichen Museen oder kulturellen Veranstaltungen zurückziehen, wird kaum die öffentliche Hand die ganze Finanzierung übernehmen wollen.

Aus diesen Gründen ersuche ich Sie, meinem Minderheitsantrag zuzustimmen und Sponsoring weiterhin zu ermöglichen.

Amaudruz Céline (V, GE): Nous sommes donc au bloc 3. De manière générale, la protection de la jeunesse, la protection de la santé et les mesures préventives ne doivent pas aller jusqu'à contrevenir à la liberté économique garantie par la Constitution. Or de nombreuses propositions de la commission ainsi que des propositions de minorité dépassent, pour le groupe UDC, l'objectif de la protection des jeunes et contreviennent aux principes garantis par la Constitution fédérale en matière de liberté économique et de proportionnalité.

Par conséquent, le groupe UDC recommande de rejeter l'ensemble des propositions visant à une interdiction totale de la publicité et de la promotion.

En effet, c'est précisément lorsque des sujets difficiles et controversés doivent être tranchés que nos principes constitutionnels doivent résister et être défendus. Une interdiction totale de la publicité est contraire à la Constitution fédérale et elle ne serait donc pas efficace.

La publicité à la radio et à la télévision, si nous devons le rappeler, est déjà interdite. Désormais, elle devrait, entre autres, également l'être dans les cinémas et sur les affiches. Le projet du Conseil fédéral prévoit, à juste titre, une interdiction de la publicité adressée spécifiquement aux mineurs. En revanche, des interdictions



totales de la publicité, comme cela est proposé à l'article 18 par les minorités I (Wasserfallen Flavia) et III (Weichelt-Picard) sont contraires à la Constitution fédérale.

Le principe de base selon lequel les produits légaux peuvent être promus doit également être pris en compte dans le présent projet. Les éventuelles restrictions de la liberté de la publicité en vue de la protection de la jeunesse doivent être ciblées et proportionnées.

J'en viens aux minorités. A l'article 18 alinéa 1, par rapport aux restrictions de la publicité, il convient de soutenir, pour le groupe UDC, la proposition de la minorité II (Glarner). Cette proposition garantit une protection ciblée et efficace des mineurs sans porter préjudice à la liberté économique, ni au principe de la proportionnalité.

A l'article 18 alinéa 1bis, le groupe UDC vous demande de soutenir également la minorité II (Glarner). Une protection ciblée et efficace des mineurs est garantie par l'article 18 alinéa 1, c'est-à-dire la version du Conseil fédéral.

A l'article 18 alinéa 1ter, le groupe UDC vous demande de soutenir encore la minorité II (Glarner), pour les raisons que je viens d'expliquer.

A l'article 18 alinéa 1quater, le groupe UDC vous demande également de soutenir la minorité II (Glarner), pour les raisons que je viens d'évoquer.

A l'article 18a relatif à la promotion, le groupe UDC vous recommande de soutenir la minorité II (Glarner). La promotion des produits légaux doit rester autorisée pour des raisons politiques et d'ordre réglementaire. L'exception pour la protection des mineurs est garantie par l'interdiction de la remise aux mineurs à l'article 21.

A l'article 18b relatif au parrainage, le groupe UDC vous demande de soutenir la minorité II (Sauter). Les manifestations culturelles et de nombreux événements sociaux ne seraient pas réalisables sans parrainage. Le secteur du tabac produit et distribue des produits légaux; il faut éviter d'en faire la seule branche où le parrainage serait pénalisé. La protection

AB 2020 N 2361 / BO 2020 N 2361

des mineurs est garantie conformément à l'article 18 alinéa 1 lettre e.

Enfin j'en viens à la minorité relative à l'article 20 concernant les restrictions supplémentaires des cantons. Le groupe UDC vous demande de soutenir la minorité Glarner. Une multitude de lois à sévérité variable s'appliquent actuellement aux cigarettes et aux produits alternatifs. Les réglementations spécifiques aux cantons rendent impossible une norme de protection nationale et entraînent des coûts significatifs et une charge de travail supplémentaire pour le commerce de détail.

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE): Chère collègue, vous parlez beaucoup de proportionnalité dans vos interventions. Quand on sait qu'une consommation régulière de tabac tue une personne sur deux et que plus de 9500 personnes meurent chaque année des suites de la consommation de tabac, pensez-vous vraiment que cela respecte la notion de proportionnalité? Ne faudrait-il pas restreindre davantage la publicité?

Amaudruz Céline (V, GE): Je vous remercie pour votre question. Je crois que j'ai été très claire: personne ne dit qu'il n'y a pas d'effet nocif. En revanche, lorsque vous décidez de restreindre un droit qui est garanti par la Constitution, il faut observer des principes très clairement établis, notamment celui de la proportionnalité mais aussi celui de la liberté économique, qui est aussi prévu par notre Constitution. Nous considérons qu'à l'heure actuelle les restrictions sont très claires; le Conseil fédéral prévoit également des restrictions lorsque les publicités sont directement adressées aux jeunes. Donc nous pensons qu'avec le projet en l'état, sans retenir les propositions de minorité, nous pouvons obtenir des résultats.

Feri Yvonne (S, AG): Die Jugendlichen stehen im Fokus der Tabakprävention, denn rund neun von zehn Rauchenden beginnen vor dem zwanzigsten Lebensjahr mit dem Rauchen. Sie werden zum Beispiel an Veranstaltungen sowie im Internet mit Tabakwerbung konfrontiert, aber auch über Zeitungen, Verkaufsstellen, Give-aways und vieles mehr.

Eine teilweise Einschränkung der Werbung ist schwer praktikabel, auch wenn gesagt wird, dass junge Leute beispielsweise gewisse Zeitungen nicht kaufen würden. Es gibt keine Sicherheit, dass junge Leute nicht über Werbung animiert werden, wenn Werbung zugelassen ist. Werbung – egal wo – ist für Jugendliche immer sichtbar, abgesehen von wenigen Orten, wo nur Erwachsene Zugang haben. Weil sich Jugendliche sehr mit Werbung identifizieren und, wie bereits erwähnt, viele Leute im jugendlichen Alter mit Rauchen beginnen, befürwortet die SP-Fraktion ein starkes Werbeverbot.

Erinnern Sie sich an die Werbung von Marlboro oder Camel? Sogar ich war als junge Frau beeindruckt davon und hatte das Gefühl: Wow, ich sollte diese "Zigis" auch rauchen, dann geht mein Leben in die richtige Bahn.



Doch wir alle wissen: Das ist Schein, und der Schein trügt.

Rauchen ist und bleibt schädlich für die Gesundheit. Das ist unbestritten. Das Tabakproduktegesetz sollte die Gesundheit im Auge behalten und nicht die Wirtschaft. Wenn Sie aber lieber den Profit ins Zentrum stellen, dann stellen Sie sich folgende Situation vor: Eine junge Person erkrankt an Lungenkrebs, braucht langwierige medizinische Betreuung, fällt als Arbeitskraft aus und ist somit auf staatliche Unterstützung angewiesen. Das kostet die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen viel Geld. Auch deshalb stellen wir die Gesundheit und nicht den Profit in den Mittelpunkt dieses Gesetzes und werden die Minderheitsanträge auf Einschränkungen der Werbung unterstützen.

Noch etwas: Umfragen bei der Bevölkerung zeigen, dass sie ein striktes Werbeverbot sehr begrüsst. Vertreten wir hier nun die Bevölkerung oder die Werbebranche und die Tabakbranche? Für die SP-Fraktion ist klar: Die Bevölkerung und ihre Gesundheit müssen im Fokus stehen.

Zu meinem Minderheitsantrag zu Artikel 18b: Auch das Thema Sponsoring ist ein heikles, denn Sponsoring ist eng mit Werbung verbunden und daher sehr gut sichtbar. Mit dem Antrag meiner Minderheit I beantragen wir Ihnen einen Mittelweg, wonach das Gesetz Sponsoring in der Schweiz verbietet, sich jedoch nicht weiter dazu äussert. Die Minderheit II (Sauter) möchte Sponsoring in jeder Art und Weise zulassen. Wir bitten Sie, diesen Minderheitsantrag vehement abzulehnen, ist Sponsoring doch mit Werbung verknüpft und Werbung wiederum mit Verführung – Verführung zum Rauchen.

Ich wiederhole mich: Wir machen hier kein Gesetz für die Werbebranche und für den Verkauf von Tabak, sondern ein Gesetz für den Schutz der Jugendlichen und für die Gesundheit.

Bitte unterstützen Sie bei den Artikeln 18 und 18a die Minderheiten I (Wasserfallen Flavia) und III (Weichelt-Picard), bei Artikel 18b die Minderheit I (Feri Yvonne) sowie bei Artikel 18a den Einzelantrag Wasserfallen Flavia. Den Einzelantrag Rechsteiner Thomas bitten wir Sie anzunehmen. Diese Ausnahmeregelung ist zielführender als der Mehrheitsantrag in der Vorlage.

Lohr Christian (M-CEB, TG): Wir sind jetzt bei Block 3, der in der ganzen Debatte ein ganz entscheidender Block ist. Wir müssen die entsprechenden Bestimmungen sicher sehr sorgfältig anschauen.

Die genannten Zahlen zu den Erkrankungen infolge des Tabakkonsums sind ernst zu nehmen, dessen ist sich unsere Fraktion absolut bewusst. Wir möchten auch immer im Hinterkopf behalten, dass es wichtig ist, dass wir heute klare Regeln festlegen, die vernünftig, aber auch umsetzbar sind. So gilt für uns, wenn wir die Werbung anschauen, ganz klar vor allem eine Richtschnur: Es geht darum, dass man Minderjährige vor Werbung, die ganz spezifisch und ausdrücklich für die Jugend bestimmt ist, schützen muss und schützen soll. Hier ist es wichtig, dass man einen Riegel schiebt und Klartext redet. Es ist uns aber auch bewusst, dass Werbung Jugendliche natürlich immer und überall erreichen kann. Hier eine Gesetzgebung zu erreichen, die völlig ausschliesst, dass junge Menschen angesprochen werden, erachten wir als nicht realistisch.

Es ist uns aber wichtig, dass wir in den verschiedenen Bereichen, die in diesem Block erwähnt sind, auch Lösungen erwirken können, die nicht alles völlig kaputt machen. So sind wir zum Beispiel durchaus positiv eingestellt zum Einzelantrag Rechsteiner Thomas, also zum Einzelantrag unseres Fraktionskollegen. Ebenso werden wir den Einzelantrag Landolt unterstützen – auch das ein Antrag eines Fraktionskollegen –, weil wir auch das Gefühl haben, dass es nicht richtig ist, wenn einzelne Kantone strenger regulieren. Wir wollen nicht einen Flickenteppich mit verschiedenen Lösungen. Wenn wir das Thema hier jetzt anpacken, soll es vielmehr eine Lösung geben, die auch nachvollziehbar ist und umgesetzt werden kann.

Wir werden grundsätzlich an der Mehrheit festhalten und, wie von mir eben erwähnt, die beiden Einzelanträge unterstützen.

Wasserfallen Flavia (S, BE): Sehr geehrter Kollege Lohr, in der vorhin erwähnten Gratiszeitung (*Die Rednerin zeigt eine Zeitung*) wirbt ein grosser Detailhändler heute mit einer Wochenaktion; in dieser Wochenaktion sind auch Zigaretten enthalten. Im einen Punkt meines Minderheitsantrages I zu Artikel 18a möchte ich solche Rabattaktionen einschränken. Finden Sie das richtig? Unterstützen Sie diese Einschränkung von solchen Rabattaktionen in Printmedien, die zu 35 Prozent Jugendliche erreichen?

Lohr Christian (M-CEB, TG): Geschätzte Kollegin Wasserfallen, ich kann das nachvollziehen. Ich finde diese Rabattaktionen persönlich auch nicht gut und werde sie nicht unterstützen. Ich denke, die Branche schadet sich mit solchen Aktionen selbst.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Die Haltung der Grünen ist klar: Wir wollen kein Verbot von Suchtmitteln. Wir wollen einen legalen Zugang, eine legale Herstellung, einen legalen Vertrieb und Besitz – dies aber nicht nur beim Nikotin, sondern auch beim Alkohol und bei den Drogen. Aber wir wollen keine Werbung. Wir wollen



– Sie sehen das bei unserem

AB 2020 N 2362 / BO 2020 N 2362

Antrag – die härteste Variante der Werbungsreduktion, deshalb unsere Minderheit III (Weichelt-Picard) zu Artikel 18 Absatz 1.

Wir wollen keine Werbung, für niemanden. Wir haben insofern Konsens, als Nikotin gesundheitsschädigend ist, sowohl individuell wie auch gesellschaftlich. Deshalb wollen wir keine Werbung und nicht nur eine Gewissensberuhigung mit hässlichen Bildern und Texten.

Artikel 18 Absatz 1bis möchten wir streichen. Das ist die logische Folge: Da wir keine Werbung wollen, brauchen wir auch keine Präzisierungen.

Falls dieser Antrag aber durchfällt, werden wir die Minderheit I (Wasserfallen Flavia) unterstützen, weil wir – das ist für uns absolut zentral – keine Werbung für Kinder und Jugendliche wollen, die noch in der Entwicklung stecken und über Werbung stark verführt werden können. Wir wollen aber auch keine Werbung in Zeitungen und Zeitschriften, in Publikationen und im Internet – ausser sie richten sich wirklich praktisch nur an Erwachsene. Wir wollen auch keine Werbung in den Kinos, im öffentlichen Verkehr, an Sportveranstaltungen, auf irgendwelchen Gegenständen oder bei den Verkaufsstellen. Wir wollen schon gar keine Verkaufsförderung wie Gratisabgaben oder irgendwelche Formen von Preisnachlässen, wie sie soeben Kollegin Wasserfallen in ihrem Beispiel präsentiert hat.

Das wollen wir bei den Tabakprodukten, aber auch bei den elektronischen Zigaretten und bei dem, was sich immer noch an Ähnlichem im Bereich von Nikotin oder Rauchwaren entwickelt, erreichen. Deshalb sind wir selbstverständlich auch für den Einzelantrag Wasserfallen Flavia und wollen kein Sponsoring im Sport. Das ist ja fast schon pervers: Auf der einen Seite postulieren wir für die Gesundheit den Sport, und auf der anderen Seite wird er mit einem Produkt subventioniert, das wider die Gesundheit und damit auch wider die sportlichen Bemühungen ist. Für uns ist es selbstverständlich: Die Kantone sollen, wenn sie das für richtig finden, ihre Regelungen weiter gehen lassen.

Wir bitten Sie in diesem Sinne, uns zu unterstützen.

Aeschi Thomas (V, ZG): Weshalb haben all diese Präventionsbemühungen bei Ihnen keinen Erfolg gehabt?

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Sie meinen, weil ich trotz allem Raucherin bin? Weil wir – so habe ich mein Votum auch eingeführt – nicht an eine suchtfreie Gesellschaft glauben. Ich bin jetzt eine, die raucht. Ich weiss von Ihnen oder von vielen von Ihnen, dass Sie Alkohol zu sich nehmen. Es gibt keine suchtfreie Gesellschaft; das ist eine Illusion. Aber es soll nicht noch dafür geworben werden. Das ist unsere Meinung.

Hess Erich (V, BE): Geschätzte Frau Nationalrätin, Sie haben in Ihrem Referat behauptet, dass Nikotin gesundheitsschädigend sei. Können Sie mir aufzeigen, wie das Nikotin, der Inhaltsstoff Nikotin, gesundheitsschädigend ist? Welche Studie belegt, dass das so ist?

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Wenn Sie mich jetzt spitzfindig darauf hinführen wollen, dass vielleicht im Einzelnen das eine nicht so schädigend ist wie das andere, muss ich Ihnen einfach sagen, dass es in der Gesamtzusammensetzung, wie wir es dann rauchen, zumindest für die meisten Lungen nicht sehr förderlich ist.

Tuena Mauro (V, ZH): Frau Kollegin Prelicz-Huber, Sie kämpfen an vorderster Front dafür, dass Cannabis legalisiert wird, dass weitere Drogen legalisiert werden; ich habe das in diversen Artikeln von Ihnen gelesen. Wie passt das mit diesen Präventionsvoten zusammen, die Sie hier in diesem Rat so schallend verkünden?

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Ich kann mich noch einmal wiederholen: Für uns ist klar, dass es keine suchtfreie Gesellschaft gibt. Deshalb braucht es einen legalen Zugang. Es soll auch zum Beispiel für die Bauern und Bäuerinnen mit dem Cannabis, wie sie es früher auch gekannt haben, ein wunderbarer Anbaumarkt da sein, legal und kontrolliert. So wissen wir, was wir zu uns nehmen, und das soll möglichst wenig gesundheitsschädigend sein. Aber sicher wollen wir keine Werbung für all das Zeug.

Sauter Regine (RL, ZH): In diesem Block geht es um die Frage, ob und in welchem Umfang und in welchen Medien Werbung für Tabakprodukte zulässig sein soll oder nicht.

Werbung, das liegt in der Natur ihrer Sache, dient dazu, auf ein Produkt aufmerksam zu machen und potenzielle Kundinnen und Kunden oder Konsumentinnen und Konsumenten zu dessen Kauf anzuregen. Sei dies eine Schokolade, ein Hamburger oder eben Zigaretten – all dies sind legal produzierte Produkte, die legal in



den Verkauf gebracht und legal konsumiert werden können. Es muss somit auch möglich sein, diese Produkte zu bewerben.

Zumindest von mündigen Personen, mithin Erwachsenen, ist zu erwarten, dass sie eigenverantwortlich entscheiden können, ob sie ein solchermassen beworbenes Produkt kaufen und konsumieren möchten. Es steht einem auch frei, trotz Werbung etwas nicht zu kaufen – das möchte ich in Richtung der Ratslinken sagen. Natürlich erfordert dies manchmal ein gewisses Mass an Disziplin, das sei nicht bestritten. Das gilt im Übrigen aber für viele Produkte. Ich nehme jetzt mal nicht an, dass Sie alles kaufen, das Sie beworben sehen. Bei Kindern und Jugendlichen ist eine entsprechende Urteilsfähigkeit hingegen nicht vorauszusetzen. Wir sind uns denn auch einig, dass sie keinen Zugang zu Raucherwaren haben sollen und auch nicht Ziel entsprechender Werbemassnahmen sein sollen.

Aus diesem Grund nun aber Werbung für Tabakwaren gänzlich zu verbieten, heisst, das Kind mit dem Bade auszuschütten – und das wäre die Folge, wenn wir der Version des Ständerates und, noch viel mehr, wenn wir den verschiedenen Anträgen von linker Seite folgen würden.

Konkret hat der Ständerat z. B. Werbung im Internet verboten. Die Einschränkung, dass es sich dabei um Seiten handeln müsse, die von Kindern eingesehen werden können, ist dabei irrelevant, da dies ja praktisch alle Seiten sind, sofern es sich nicht um einen verbotenen Inhalt handelt. Zusammen mit den bereits bestehenden Verboten der Werbung und Verkaufsförderung in Radio und Fernsehen, dem Verbot von Plakatwerbung auf öffentlichem und, je nach Kanton, auch privatem Grund und weiteren umfassenden Einschränkungen in vielen Kantonen bedeutet dies, dass Werbung und Verkaufsförderung für Tabakprodukte, aber auch alternative Produkte praktisch umfassend untersagt werden soll.

Nebenbei noch dies: Die Schaltung des Inserats, das Frau Wasserfallen vorhin gezeigt hat, führt bei der betreffenden Zeitung auch zu Einnahmen. Es ist deshalb komisch, dass man auf der einen Seite diesen Zeitungen Einnahmen verwehren will, während man auf der anderen Seite wieder mit grosszügigen Medienförderungsprogrammen ans Werk gehen will. Dahinter kann ich keine Logik erkennen.

Ein Gutachten eines Zürcher Anwaltsbüros, das uns vorliegt, kommt zum Schluss, dass ein derart weitreichendes Werbe- und Vermarktungsverbot einen unverhältnismässigen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit darstellt. Dies gelte insbesondere für die nicht vorgenommene Differenzierung für die Alternativprodukte, soweit diese erheblich weniger gesundheitsschädlich sind.

Aus Sicht der FDP-Liberalen Fraktion ist der vom Bundesrat vorgeschlagene Weg gangbar, zielt er doch ausreichend differenziert auf Werbung, die sich speziell an Minderjährige richtet. Wir werden entsprechend mehrheitlich der bundesrätlichen Linie folgen und die Version des Ständerates respektive weitergehende Einschränkungen ablehnen.

Lassen Sie mich noch zu einzelnen Bestimmungen etwas ausführen: Bei Artikel 18 Absatz 1 wird unsere Fraktion mehrheitlich die Minderheit II (Glarner) unterstützen. Die Version des Ständerates versucht, sämtliche Fälle zu regeln, in denen Jugendliche allenfalls mit Werbung in Kontakt kommen könnten. Das ist schlicht unrealistisch bzw. hiesse letztlich, dass man in Zeitungen wie der "NZZ" oder dem "Tages-Anzeiger", die auch einmal einem Kind in die Hände kommen könnten, einfach keine Werbung für Tabakprodukte oder eben auch alternative Produkte machen könnte. Da der

AB 2020 N 2363 / BO 2020 N 2363

Ständerat in Artikel 18 Absatz 1bis die Werbung in Zeitungen sowie im Internet ganz verbieten will, ist diese Unterscheidung zudem auch irrelevant.

Zum Antrag meiner Minderheit betreffend das Sponsoring in Artikel 18b habe ich bereits gesprochen. Ich bitte Sie, diesen zu unterstützen.

Zusammenfassend wird unsere Fraktion in diesem Block mehrheitlich der Version des Bundesrates folgen. Wir bitten Sie, Gleiches zu tun.

Mäder Jörg (GL, ZH): Kommen wir nun zum Kern der Vorlage: Werbung. Werbung verkauft Emotionen und Stimmungen. Sie will uns zum Träumen bringen und Begierden wecken. Echte Information wird selten vermittelt, es scheint fast, sie würde höchstens stören. Werbung vermittelt aber auch eine verzerrte Realität, was dazu führen kann, dass wir alle, aber vor allem die kommende Generation, mit völlig falschen Erwartungshaltungen sich selber gegenüber, aber auch gegenüber der Gesellschaft durchs Leben gehen – und das ist nicht ganz ohne. So will sie uns weismachen, dass ein Schluck vom richtigen Saft den Unterschied macht, ob wir einen Tag als stressig empfinden oder nicht. Dann gibt es die Werbung, um die es in diesem Gesetz geht, Werbung, die uns erklären will, dass man durch kontrolliertes Abbrennen getrockneter Blätter bessere und coolere Freundschaften schliessen kann als ohne.



Wirkt denn Werbung? Firmen können sich im Allgemeinen keine Fehlentscheide leisten. Wenn also eine Branche in Werbung oder auch in Sponsoring investiert, können Sie davon ausgehen, dass sie diese auch als wirksam einstuft. Die Antwort ist also: Ja. Wenn Sie mit offenen Augen durch den Alltag gehen, werden Sie überrascht sein, an wie vielen Orten Sie auf Tabakwerbung stossen – mal offensichtlich, mal dezent bis versteckt.

Bei der Werbung der Tabakbranche geht es nicht darum, bestehende Kunden zu einem Wechsel des Produktes zu bewegen. Die Werbung richtet sich nicht an einen 52-jährigen Architekten, der doch einmal etwas anderes ausprobieren sollte. Sie richtet sich in Sprache, Stil und Inhalt an junge Erwachsene und an solche, die es kaum erwarten können, selber bald zu dieser Gruppe zu gehören. Genau das ist das Einstiegsalter zum Rauchen. Natürlich ist es nicht immer die Werbung, die einen zum Raucher macht. Das familiäre Umfeld ist z. B. sehr wichtig. Werbung wird zudem heute oft in Form von Product-Placement in neuen Serien und Filmen von Streamingdiensten gemacht. Das sind beides Bereiche, auf die der Staat keinen oder nur einen minimalen Einfluss hat. Daraus aber abzuleiten, dass wir auch in den Bereichen, in denen wir Einfluss haben, passiv an der Seitenlinie stehen sollten, wäre ein absoluter Fehler.

Wie gesagt, die Werbung richtet sich an junge Erwachsene und ist damit auch attraktiv für diejenigen, die kurz davor stehen, zu dieser Gruppe zu gehören. Ein effektiver Jugendschutz muss das beachten, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass die Konsequenzen erst Jahrzehnte später auftreten. Wenn wir unsere Jugend wirkungsvoll schützen wollen, muss das auch die Bereiche umfassen, in denen beide Gruppen mit Werbung in Kontakt kommen. Ja, wir erachten den Jugendschutz als wichtiger als das Recht der Erwachsenen, sich mit Werbung berieseln zu lassen. Aus diesem Grund unterstützen wir bei Artikel 18 den Minderheitsantrag I (Wasserfallen Flavia) vor dem Mehrheitsantrag.

Bei den folgenden Minderheiten gilt die Reihenfolge: die Minderheit IV vor der Minderheit V, vor der Minderheit II und vor der Minderheit III. Wir wollen kein Totalverbot, aber auch keine Werbung im öffentlichen Verkehr, an öffentlichen Plätzen und in Sportanlagen. Wir wollen keine noch so spitzfindige Unterscheidung zwischen Zigarillos, die inhaliert werden, und Raucherwaren, die nicht inhaliert werden.

Bei Artikel 18a wäre die Reihenfolge: Die Minderheit I geht vor der Mehrheit und vor der Minderheit II. Preisnachlässe wollen wir nicht. Der Preis, den Kettenraucher bezahlen, ist zu gross.

Die gleiche Reihenfolge gilt auch für Artikel 18b. Die Unterscheidung national versus international ist inhaltlich nicht nachvollziehbar. Wo liegt hier der Zusammenhang mit der Gesundheit? Seien wir bitte konsequent.

Bei Artikel 20 lehnen wir den Minderheitsantrag Glarner und den Einzelantrag Landolt ganz klar ab. Es gibt keinen Grund, den Kantonen hier ihre Freiheit zu nehmen. Offen gesagt ist es manchmal schon komisch, an welchen Orten und Ecken der föderalistische Ansatz plötzlich als störend empfunden wird.

Bei den Einzelanträgen werden wir den Antrag Wasserfallen Flavia zu Artikel 18a Absatz 1 Einleitungssatz unterstützen. Die Bestimmung ist sauber formuliert und auf den Gesamttext abgestimmt. Den Einzelantrag Rechsteiner Thomas zu Artikel 18a Absatz 3 lehnen wir hingegen ab. Die Unterscheidung zwischen Zigarren und Zigarillos sehen wir als nicht zielführend an. Diese Unterscheidung ist arbiträr, stark vom persönlichen Geschmack geprägt und würde nur Kopfschütteln und Unverständnis auslösen.

Büchel Roland Rino (V, SG): Geschätzter Kollege Mäder, Ihr fulminantes Votum gegen die Werbung, gegen die Werbewirtschaft, gegen das Marketing war ja beeindruckend und würde sicher zur Linken passen. Erklären Sie mir, wo das Wort "liberal" in Ihrem Votum steckt, das Sie im Namen der Grünliberalen Partei haben.

Mäder Jörg (GL, ZH): Es ist grundsätzlich fraglich, ob ein Suchtmittel die liberale Grundhaltung unterstützt. Wenn jemand süchtig ist, dann ist seine Entscheidungsfreiheit bereits eingeschränkt. Dass man also Werbung für etwas unterstützt, das einen in die Abhängigkeit drängt, welche die eigene Meinungsbildung unterdrückt, ist für mich auch nicht wirklich eine liberale Haltung.

Glarner Andreas (V, AG): Geschätzter Kollege Mäder, wie war das genau mit den Suchtmitteln? Sie haben doch der Freigabe von Cannabis zu Versuchszwecken zugestimmt.

Mäder Jörg (GL, ZH): Ja, ich erkläre das sehr gerne. Klar träume ich von einer Welt, in der es Tabakpflanzen gar nicht gibt. Sie sind aber Realität. Die Negativfolgen eines Totalverbots mit dem daraus folgenden Schmutz, dem Schwarzmarkt usw. schätzen wir als wesentlich grösser ein. Das andere Extrem, wonach man zulässt, dass das noch gefördert wird, dass dazu animiert wird, Tabak zu konsumieren, ist ebenfalls schlecht. In diesem Fall liegt halt – und das ist erstaunlicherweise sehr oft der Fall – das Optimum in der Mitte und nicht irgendwo links oder rechts.



Berset Alain, conseiller fédéral: On sent bien que, dans le débat qui vous occupe, c'est certainement l'un des éléments les plus importants de cette loi et le cœur de ce projet.

Nous le savons, la publicité, la promotion et le parrainage influencent la population – c'est naturellement aussi ce qui est recherché – mais, dans le cas qui nous occupe, en particulier en incitant les jeunes à commencer à fumer.

Je crois que le niveau de protection en la matière – et l'on ne peut pas reprocher un manque de constance au Conseil fédéral dans ce domaine, il essaie depuis plus de quinze ans maintenant de faire progresser la législation – dépendra des décisions que vous allez prendre aujourd'hui et ensuite, dans le cadre de l'élimination des divergences avec le Conseil des Etats.

Il faut aussi indiquer que, dans ce contexte, l'initiative populaire "Oui à la protection des enfants et des jeunes contre la publicité pour le tabac (enfants et jeunes sans publicité pour le tabac)" est aussi un des éléments qu'il faut avoir sur le radar au moment de mener cette discussion.

Tout d'abord, j'aimerais dire que nous sommes heureux de voir que votre commission a mené toute une série de discussions et pris des décisions qui vont dans le sens de restrictions supplémentaires de publicité pour les produits du tabac, par rapport au nouveau projet que le Conseil fédéral a dû, à votre demande, rédiger. Ces nouvelles restrictions vont par contre dans le sens de la position constante du Conseil fédéral, que vous retrouvez dans le projet de 2015 qui n'avait pas trouvé grâce à vos yeux. Dans l'intervalle, le Conseil fédéral

AB 2020 N 2364 / BO 2020 N 2364

a d'ailleurs indiqué qu'il s'engagerait dans les délibérations parlementaires pour les pas qui permettent de se rapprocher de ce projet de 2015 et, en particulier, d'aboutir à un projet qui soit en conformité avec la convention-cadre de l'OMS.

Votre commission propose ainsi des restrictions supplémentaires dans le domaine de l'affichage et dans les cinémas, également sur les véhicules des transports publics, dans les bâtiments destinés à des usages publics, sur les places de sport lors de manifestations sportives. Il me semble que ces dispositions complètent de manière judicieuse la version du Conseil des Etats tout en laissant, bien sûr, à l'industrie du tabac la possibilité de promouvoir ses produits, par exemple dans les points de vente.

Dans les modifications proposées par votre commission, nous soutenons également celle qui introduit une interdiction de parrainer des événements qui ont pour public cible des mineurs.

Il y a par contre aussi pour nous quelques assouplissements que nous ne souhaitons pas, notamment la suppression de l'interdiction générale de la publicité dans la presse et sur les sites Internet, également en ce qui concerne les revues, mais je ne vais pas trop entrer dans les détails ici.

Concernant les propositions de minorité, je ne vais pas non plus entrer trop dans les détails. Il y a beaucoup d'éléments différents et variés dans cette discussion. J'aimerais simplement vous rappeler que ce qui est très important pour nous, c'est de garantir un projet qui nous permette d'avoir de la stabilité pour les prochaines années et de ratifier la convention-cadre de l'OMS. Avec les propositions de la majorité de votre commission, on y est presque; avec les décisions du Conseil des Etats, on y était.

C'est la raison pour laquelle je vous invite, pour l'essentiel, à suivre la majorité de votre commission et à rejeter toutes les minorités, à l'exception de deux propositions à l'article 18: celle de la minorité I (Wasserfallen Flavia) et la proposition individuelle Wasserfallen Flavia qui correspondent également à ce que souhaitait le Conseil fédéral.

Wasserfallen Flavia (S, BE): Sehr geehrter Herr Bundesrat, können Sie bestätigen, dass der Minderheitsantrag I (Wasserfallen Flavia) mit Ausnahme der ersten beiden Punkte im Wesentlichen der ursprünglichen Bundesratsvariante von 2015 entspricht?

Berset Alain, conseiller fédéral: Oui, Madame Wasserfallen, je peux vous le confirmer, c'est la raison pour laquelle je viens d'ailleurs d'inviter le Conseil national à suivre ces propositions.

Roduit Benjamin (M-CEB, VS), pour la commission: Voici enfin le plat de résistance de cette loi: publicité, promotion et parrainage. Sujet complexe, ou rendu complexe par de nombreuses minorités qui se contredisent. En séance, nous avons procédé pour le seul article 18 à plus de 25 votes. Commençons tout d'abord par une synthèse.

Le projet du Conseil fédéral reprend l'interdiction actuelle de la publicité s'adressant aux jeunes et l'applique dorénavant également aux cigarettes électroniques. Ainsi, par rapport au premier projet de 2015, il ne contient aucune interdiction générale de publicité par affichage, sur Internet, dans la presse écrite, ou au cinéma.



Ces domaines restent de la compétence des cantons et ceux-ci sont libres d'édicter des restrictions dans le domaine de la promotion et du parrainage.

Le projet du Conseil des Etats est beaucoup plus restrictif. Il va dans le sens de l'initiative populaire, en introduisant de nouvelles restrictions de publicité, étendues aux produits alternatifs, comme l'interdiction de publicité dans les journaux, revues ou autres publications et sur Internet, l'interdiction de publicité faite au moyen de comparaison de prix, de promesse de cadeaux ou d'autres avantages, l'interdiction de la promotion sous la forme de distribution gratuite de produits, de cadeaux ou de prix, l'interdiction de parrainage de manifestations à caractère international par l'industrie du tabac et d'événements par les pouvoirs publics.

De manière générale, les minorités I (Wasserfallen Flavia) et I (Feri Yvonne) se rapprochent par leurs propositions de la version restrictive du Conseil des Etats, et la minorité III (Weichelt-Picard) de l'initiative visant à toute interdiction de publicité pour les produits du tabac. A l'autre extrémité, dans une vision ultralibérale, les minorités II (Sauter), IV (Glarner) et V (Aeschi Thomas) souhaitent le minimum de restrictions.

Enfin et surtout, la majorité, s'appuyant sur un concept présenté par notre collègue Lorenz Hess et accepté par 15 voix contre 10, propose un compromis entre la protection de la santé des jeunes et la liberté individuelle des adultes, fondé sur des solutions pragmatiques.

Passons en revue ces propositions. A l'article 18, qui traite des restrictions de la publicité, nous avons cinq minorités et une proposition Reichsteiner Thomas.

Tout d'abord, à l'alinéa 1, qui concerne les mineurs: la commission soutient, par 14 voix contre 10 et 1 abstention, la formulation qui interdit la publicité "lorsqu'elle s'adresse aux mineurs", rejoignant en cela le Conseil des Etats, qui se veut moins restrictif que le Conseil fédéral, et la minorité II (Glarner), qui rajoutent le mot "spécialement", ce qui limiterait par exemple la publicité à des revues spécifiques réservées aux jeunes, mais qui manque de clarté.

De même, la commission a rejeté la proposition défendue par la minorité I (Wasserfallen Flavia), par 15 voix contre 10, qui, au contraire, avec le terme "notamment", vise à élargir les lieux et les supports qui pourraient concerner des jeunes. C'est ce que nous retrouvons d'ailleurs dans les propositions de cette minorité aux lettres d et e.

Pour la lettre d, la majorité estime que la mention du Conseil des Etats "étant consultés par des mineurs" concernerait en fait tous les journaux ou sites Internet, à l'exception de ceux réservés aux adultes, ce qui aurait pour effet de cibler non plus les jeunes, mais les adultes.

Enfin, la commission refuse, par 16 voix contre 9, la proposition défendue par la minorité III (Weichelt-Picard), qui prévoit toute interdiction de publicité tout comme l'initiative.

L'alinéa 1bis concerne, de manière générale, tous les consommateurs, jeunes ou adultes. Nous retrouvons quasiment les mêmes minorités, avec des propositions de suppression – les minorités II (Glarner), III (Weichelt-Picard) et IV (Glarner) – ainsi que de modifications ou de rajouts – la minorité I (Wasserfallen Flavia). La commission, dans la même proportion de votes, vous propose de toutes les refuser.

Par rapport à la version du Conseil des Etats, nous recommandons, à la lettre a, de renoncer à la mention "d'autres avantages", qui manque de clarté, et de renoncer à interdire la publicité dans les journaux et sur Internet, à la lettre b. Par contre, la commission propose d'interdire les publicités sur les affiches de l'espace public, dans les cinémas, dans et sur les véhicules et les bâtiments publics et, enfin, sur les places de sport et lors de manifestations sportives. C'est en cela que nous pouvons parler de compromis.

Les propositions à l'article 18 alinéa 1ter relèvent toutes de la même logique, à l'exception de la minorité V (Aeschi Thomas) à la lettre c, qui propose une exception pour les cigares et cigarillos, dont la fumée, de toute évidence, n'est pas inhalée. Reprise à l'article 18a sur la promotion, cette disposition, complétée par la proposition Reichsteiner Thomas, se justifierait par le fait que les consommateurs seraient des connaisseurs avertis et qu'il s'agit de différencier la politique de prévention à leur égard. Par 15 voix contre 8 et 2 abstentions, la commission vous invite à la rejeter.

A l'article 18a toujours, à une courte majorité, soit par 13 voix contre 12, la commission estime que les restrictions concernant la promotion des cigarettes électroniques doivent être différenciées de celles valables pour le tabac classique. Une proposition individuelle Wasserfallen Flavia vise au contraire à maintenir la version du Conseil des Etats à ce sujet, estimant que si les effets de la cigarette électronique sont moins forts, ils ne sont pas pour autant inoffensifs pour la santé.

Enfin, à l'article 18b consacré au parrainage, la majorité vous propose de clarifier la formulation du Conseil des Etats à l'alinéa 1 et de maintenir l'interdiction de parrainer des événements soutenus par les pouvoirs publics. Chacun a encore en mémoire la volte-face de la Confédération dans le cadre du pavillon suisse sponsorisé par Philip Morris à Dubaï. Le parrainage de manifestations privées en Suisse resterait



AB 2020 N 2365 / BO 2020 N 2365

cependant possible. La minorité I (Feri Yvonne) est de l'avis contraire. Elle dénonce les profits importants que font les cigarettiers dans ce domaine. Notre commission a rejeté, par 14 voix contre 9 et 2 abstentions, la proposition qu'elle défend.

Pour terminer, un mot sur l'article 20 qui permet aux cantons qui ont déjà des règles plus strictes de conserver leur législation, par exemple l'interdiction de la publicité par affichage ou au cinéma, car certaines de ces législations ont été acceptées en votation populaire. La proposition de la minorité Glarner, qui a été rejetée par 14 voix contre 9 et 2 abstentions, et dans une certaine mesure la proposition individuelle Landolt, que la commission n'a pas traitée, partent du principe que cette disposition est superflue dans le cadre de la présente loi et qu'elle engendrerait un patchwork à l'échelle nationale.

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE): Cher collègue, concernant la disposition visant à restreindre le parrainage de manifestations par des cigarettiers, ne pensez-vous pas que la proposition soutenue par la majorité de la commission est une disposition alibi? Combien d'événements seraient concernés? Ne vaudrait-il pas mieux suivre la minorité I (Feri Yvonne)?

Roduit Benjamin (M-CEB, VS), pour la commission: Je n'ai pas à m'exprimer sur les intentions elles-mêmes de la commission. Je vous ai transmis le résultat du vote. Il est clair qu'il convient de distinguer les mesures concernant la publicité, de celles concernant le parrainage et la promotion. Vous aurez remarqué, par exemple, que les possibilités de faire de la publicité ont été restreintes, y compris pour les cigarettes électroniques, ce qui n'est pas le cas pour la promotion. La commission a tenu à établir cette différence.

Hess Lorenz (M-CEB, BE), für die Kommission: Die Grundidee der Mehrheit ist folgende: Einschränkungen der Werbung sollen auf der einen Seite dort geschehen, wo sie direkt auf Jugendliche zielt, also dort, wo es schlussendlich um den Jugendschutz geht. Auf der anderen Seite soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass wir es nach wie vor mit legalen Produkten zu tun haben, welche auf dem freien Markt erhältlich sind – sonst müssten wir sie verbieten. Das hat, wenn auch eingeschränkt, eben trotzdem etwas mit Vertrieb und mit Werbung zu tun. Wenn Sie Artikel 18 anschauen, dann sehen Sie: Der Antrag der Mehrheit bewegt sich in der Mitte zwischen den Minderheiten II (Glarner) und IV (Glarner), die eigentlich keine Werbeeinschränkung wollen, und den anderen Minderheiten, die klar in Richtung eines totalen Werbeverbots gehen, wie auch von Frau Prelicz-Huber gesagt wurde. Dazwischen bewegt sich die Lösung der Mehrheit, der zu folgen wir Ihnen vorschlagen.

Sie sehen auch, dass in der Lösung der Mehrheit nach wie vor diverse Einschränkungen vorhanden sind. Wir sprechen vom Verbot preisvergleichender Angaben, also von Preisvergleichen in der Werbung, auf Plakaten im öffentlichen Raum, in der Werbung in den Kinos, in öffentlichen Verkehrsmitteln usw.; sie wurden alle schon erwähnt. Dies sind Verbote, die im Sinne des Jugendschutzes sicher zielführend sind.

Die ursprüngliche Idee der Mehrheit, das Mehrheitskonzept war eigentlich, dass diese Einschränkungen, die ich nicht ganz abschliessend aufgezählt habe, so vorgeschlagen werden, dass die Internetwerbung offen bleibt, und zwar unter klaren Bedingungen. Klare Bedingungen für die Internetwerbung heisst – das ist der ursprüngliche Antrag der Mehrheit, den Sie im Minderheitsantrag I (Wasserfallen Flavia) finden –, dass man sagt:

1. In Zeitschriften – ich spreche zuerst von den Zeitschriften, dann über das Internet; es ist ein Konzept, das die Jugend anbelangt – ist die Werbung für Tabakprodukte nur in Publikationen, die zu 80 Prozent von Erwachsenen konsumiert bzw. gelesen werden, weiterhin erlaubt.

2. Im Internet ist die Tabakwerbung nur dort erlaubt, wo man sich, ähnlich wie bei einem Internetcasino, über das Alter ausweisen muss.

Das war eigentlich der Inhalt, so wie er jetzt im Minderheitsantrag I ist.

Wir haben dann in der Kommission nachträglich nochmals über Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe d gesprochen. Dort steht, dass die Werbung verboten sein soll "in Zeitungen, Zeitschriften oder anderen Publikationen sowie auf Internetseiten, die für Minderjährige bestimmt sind". Das ist jetzt der Mehrheitsantrag, den ich hier als Sprecher der Mehrheit vertrete. Ich weise einfach darauf hin, dass dies im Ablauf der Kommissionsdebatte umstritten war; die Kommissionspräsidentin hat dies bestätigt. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Internetwerbung so nur dort eingeschränkt wird, wo die Seiten effektiv gezielt Jugendliche ansprechen – Gamer-Seiten und Ähnliches. Die ursprüngliche Idee, heute der Minderheitsantrag I (Wasserfallen Flavia), war diesbezüglich eine andere, nämlich dass die Jugendlichen sich über das Alter ausweisen müssen, wenn sie auf entsprechende Internetseiten gehen wollen, damit auch klar ist, dass diese Seiten für Jugendliche gesperrt werden können.



Wir empfehlen Ihnen hier im Sinne eines Mittelweges zwischen Totalverbot der Werbung und allen Freiheiten in der Werbung, der Mehrheit zu folgen.

Art. 18

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

...

d. in Zeitungen, Zeitschriften oder anderen Publikationen sowie auf Internetseiten, die für Minderjährige bestimmt sind; (Rest streichen)

...

Abs. 1bis

...

a. wenn sie mit preisvergleichenden Angaben oder mit Versprechen von Geschenken betrieben wird;

b. Streichen

c. auf Plakaten auf öffentlichem und privatem Grund, wenn diese von öffentlichem Grund einsehbar sind;

d. in Kinos;

e. in und an öffentlichen Verkehrsmitteln;

f. in und an Gebäuden oder Gebäudeteilen, die öffentlichen Zwecken dienen, und auf ihren Arealen;

g. auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen;

Abs. 1ter

Die Verbote nach Absatz 1bis Buchstabe a gelten nicht für ...

Abs. 1quater

Das Verbot nach Absatz 1bis Buchstabe c gilt nicht für Werbung in der Verkaufsstelle.

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Wasserfallen Flavia, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Meyer Mattea, Moret Isabelle, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Weichelt-Picard)

Abs. 1 Einleitung

... an Minderjährige richtet oder Minderjährige erreicht, verboten ist ...

Abs. 1 Bst. d

d. Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 1 Bst. e

e. ... die auch von Minderjährigen besucht werden.

Abs. 1bis Bst. a

a. Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 1bis Bst. b

b. in Zeitungen, Zeitschriften oder anderen Publikationen, es sei denn, 80 Prozent der Leserschaft besteht aus Erwachsenen, sowie in Gratiszeitungen;

Abs. 1bis Bst. bbis

bbis. im Internet, sofern nicht durch geeignete technische Massnahmen sichergestellt ist, dass sie nur von Erwachsenen eingesehen werden kann;

Abs. 1bis Bst. h

h. wenn sie einen Nutzen der Tabakprodukte oder elektronischen Zigaretten für die Gesundheit andeutet oder diese Produkte mit einem positiven Lebensgefühl in Verbindung bringt;

AB 2020 N 2366 / BO 2020 N 2366

Abs. 1bis Bst. i

i. auf Gegenständen, die nicht im Zusammenhang mit Tabakprodukten oder elektronischen Zigaretten stehen.

Abs. 1ter

Die Verbote nach Absatz 1bis Buchstaben a, b und bbis gelten nicht für ...



Antrag der Minderheit II

(Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Nantermod, Rösti, Rüegger, Sauter, Schläpfer)

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 1bis, 1ter, 1quater

Streichen

Antrag der Minderheit III

(Weichelt-Picard, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Meyer Mattea, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

Werbung für Tabakprodukte und für elektronische Zigaretten sowie für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit einem Tabakprodukt bilden, ist untersagt. (Rest streichen)

Abs. 1bis

Streichen

Abs. 1ter

Die Werbeverbote gelten nicht für ...

Abs. 1quater

Streichen

Antrag der Minderheit IV

(Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Nantermod, Rösti, Rüegger, Sauter, Schläpfer)

Abs. 1bis Bst. c-g

Streichen

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Glarner, Rösti, Rüegger, Schläpfer)

Abs. 1ter Bst. c

c. Werbung für Zigarren und Zigarillos, deren Rauch nicht in die Lunge eingeatmet wird.

Art. 18

Proposition de la majorité

Al. 1

...

d. dans les journaux, revues ou autres publications et sur les sites Internet destinés aux mineurs; (biffer le reste)

...

Al. 1bis

...

a. lorsqu'elle est faite au moyen de comparaisons de prix ou de promesses de cadeaux;

b. Biffer

c. sur les affiches exposées dans l'espace public ou sur des terrains privés, en tant qu'elles sont visibles depuis l'espace public;

d. dans les cinémas;

e. dans et sur les véhicules des transports publics;

f. dans et sur les bâtiments ou parties de bâtiments destinés à des usages publics et sur l'aire qui en dépend;

g. sur les places de sport et lors de manifestations sportives

Al. 1ter

Les interdictions prévues à l'alinéa 1bis lettre a ne visent pas ...

Al. 1quater

L'interdiction prévue à l'alinéa 1bis lettre c, ne vise pas la publicité à l'intérieur du point de vente.

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats



Proposition de la minorité I

(Wasserfallen Flavia, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Meyer Mattea, Moret Isabelle, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Weichelt-Picard)

Al. 1 introduction

... lorsqu'elle s'adresse aux mineurs ou atteint les mineurs, notamment:

Al. 1 let. d

d. Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 1 let. e

e. ... auxquelles participent également des mineurs.

Al. 1bis let. a

a. Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 1bis let. b

b. dans les journaux, revues ou autres publications, à moins que 80 pour cent du lectorat ne soit composé d'adultes, ainsi que dans les journaux gratuits;

Al. 1bis let. bbis

bbis. sur Internet, dans la mesure où aucun moyen technique adéquat ne garantit que le site ne peut être consulté que par des adultes;

Al. 1bis let. h

h. lorsqu'elle suggère un quelconque effet bénéfique des produits du tabac ou des cigarettes électroniques sur la santé ou associe ces produits à un sentiment positif;

Al. 1bis let. i

i. sur les objets qui n'ont aucun rapport avec les produits du tabac ou les cigarettes électroniques.

Al. 1ter

Les interdictions prévues à l'alinéa 1bis lettres a, b et bbis ne visent pas ...

Proposition de la minorité II

(Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Nantermod, Rösti, Rüegger, Sauter, Schläpfer)

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Abl. 1bis, 1ter, 1 quater

Biffer

Proposition de la minorité III

(Weichelt-Picard, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Meyer Mattea, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

La publicité pour les produits du tabac et les cigarettes électroniques ainsi que pour les objets qui forment une unité fonctionnelle avec un produit du tabac est interdite. (Biffer le reste)

Al. 1bis

Biffer

Al. 1ter

Les interdictions ne visent pas ...

Al. 1quater

Biffer

Proposition de la minorité IV

(Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Nantermod, Rösti, Rüegger, Sauter, Schläpfer)

Al. 1bis let. c-g

Biffer

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Glarner, Rösti, Rüegger, Schläpfer)

Al. 1ter let. c

c. la publicité pour les cigares et cigarillos dont la fumée n'est pas inhalée.



Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Bei Artikel 18 geht es um die Frage, wieweit Werbung für Tabakprodukte und ähnliche Substanzen eingeschränkt werden soll. Es liegen dazu fünf Minderheitsanträge vor, die entweder ein eigenes Konzept bilden oder Teil eines Konzeptes sind. Die Anträge der Mehrheit und der Minderheit I (Wasserfallen Flavia) entsprechen im Grundsatz dem Konzept des Ständerates. Die Mehrheit und die Minderheit I wollen ein strengeres Werbeverbot als der Bundesrat. Der Antrag der Minderheit II (Glarner)

AB 2020 N 2367 / BO 2020 N 2367

entspricht dem Konzept des Bundesrates. Die Anträge der Minderheiten IV (Glarner) und V (Aeschi Thomas) betreffen Teilfragen. Die Minderheit III (Weichelt-Picard) beantragt ein grundsätzliches Werbeverbot. Dieser Antrag wird erst ganz am Schluss nach der Bereinigung von Artikel 18 zur Abstimmung gebracht. Da verschiedene Minderheiten verlangt haben, dass getrennt über einzelne Absätze oder Buchstaben der Konzepte abgestimmt wird, werden die Abstimmungen nicht streng entlang der Konzepte erfolgen können. Wir beginnen mit Absatz 1 und bereinigen zuerst das Konzept der Minderheit I (Wasserfallen Flavia). Ich stelle ihre Anträge zur Einleitung und zu den Buchstaben d und e in drei Abstimmungen einzeln den Anträgen der Mehrheit gegenüber. Anschliessend stelle ich das Resultat der drei Abstimmungen dem Antrag der Minderheit II (Glarner) gegenüber, der am Konzept des Bundesrates festhalten will.

Abs. 1 Einleitung – Al. 1 introduction

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21890)

Für den Antrag der Mehrheit ... 106 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 84 Stimmen

(1 Enthaltung)

Abs. 1 Bst. d – Al. 1 let. d

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21891)

Für den Antrag der Mehrheit ... 105 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 86 Stimmen

(1 Enthaltung)

Abs. 1 Bst. e – Al. 1 let. e

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21903)

Für den Antrag der Mehrheit ... 102 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 88 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21904)

Für den Antrag der Mehrheit ... 98 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 91 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Auch bei Absatz 1bis werden wir zuerst – dieses Mal aber en bloc – den Antrag der Minderheit I (Wasserfallen Flavia) dem Antrag der Mehrheit gegenüberstellen. Dann fahren wir weiter mit der Bereinigung und gehen über zum Minderheitsantrag IV (Glarner), wo getrennte Abstimmungen verlangt wurden. In den betreffenden fünf Abstimmungen stelle ich jeweils den Antrag der Mehrheit zu den Buchstaben c, d, e, f und g dem Antrag der Minderheit IV (Glarner) auf Streichen gegenüber. In der letzten Abstimmung zu Absatz 1bis stelle ich das Resultat der vorangegangenen Abstimmungen dem Antrag der Minderheit II (Glarner) gegenüber, die den ganzen Absatz streichen will.



Abs. 1bis Bst. a, b, bbis, h, i – Al. 1bis let. a, b, bbis, h, i

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Absatz 1ter Einleitung.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21905)

Für den Antrag der Mehrheit ... 102 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 88 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Abs. 1bis Bst. c – Al. 1bis let. c

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die zweite Abstimmung gilt auch für Artikel 18 Absatz 1quater.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21906)

Für den Antrag der Mehrheit ... 112 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit IV ... 78 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Abs. 1bis Bst. d – Al. 1bis let. d

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21907)

Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit IV ... 83 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Abs. 1bis Bst. e – Al. 1bis let. e

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21908)

Für den Antrag der Mehrheit ... 114 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit IV ... 77 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 1bis Bst. f – Al. 1bis let. f

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21909)

Für den Antrag der Mehrheit ... 112 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit IV ... 81 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 1bis Bst. g – Al. 1bis let. g

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21910)

Für den Antrag der Mehrheit ... 111 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit IV ... 80 Stimmen

(2 Enthaltungen)



Abs. 1bis – Al. 1bis

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21911)
Für den Antrag der Mehrheit ... 113 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II ... 79 Stimmen
(1 Enthaltung)

Abs. 1ter Bst. c – Al. 1ter let. c

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21912)
Für den Antrag der Minderheit V ... 71 Stimmen
Dagegen ... 121 Stimmen
(1 Enthaltung)

Abs. 1ter Bst. a, b – Al. 1ter let. a, b

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21913)
Für den Antrag der Mehrheit ... 113 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II ... 75 Stimmen
(5 Enthaltungen)

Art. 18

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Damit wäre der Artikel bereinigt, und wir kommen zur letzten Abstimmung. In dieser werde ich das so bereinigte Konzept dem Antrag der Minderheit III (Weichelt-Picard) gegenüberstellen.

AB 2020 N 2368 / BO 2020 N 2368

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21914)
Für den Antrag der Mehrheit ... 120 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit III ... 69 Stimmen
(4 Enthaltungen)

Art. 18a

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Die Förderung des Verkaufs von Tabakprodukten zum Rauchen ist verboten, wenn sie geschieht:

...

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Wasserfallen Flavia, Feri Yvonne, Maillard, Meyer Mattea, Moret Isabelle, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Weichelt-Picard)

Abs. 1 Bst. abis

abis. durch zeitlich oder örtlich beschränkte Preisnachlässe;

Abs. 1 Bst. ater

ater. durch einen an einen bestimmten Personenkreis gerichteten Preisnachlass; oder

Antrag der Minderheit II

(Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Nantermod, Rösti, Rüegger, Sauter, Schläpfer)
Streichen



Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Glarner, Rösti, Rüegger, Schläpfer)

Abs. 3

Ausgenommen von Artikel 18a Absatz 1 ist die Verkaufsförderung für Zigarren und Zigarillos, deren Rauch nicht in die Lunge eingeatmet wird.

Antrag Wasserfallen Flavia

Abs. 1 Einleitung

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Schriftliche Begründung

Die Regelungen in Artikel 18a sollen Tabakprodukte zum Rauchen betreffen, aber auch elektronische Zigaretten sowie Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit einem Tabakprodukt bilden, mit einbeziehen, wie das der Ständerat präzisiert hat.

Antrag Rechsteiner Thomas

Abs. 3

Ausgenommen von Artikel 18a Absatz 1 ist die direkte, persönlich ausgeführte Verkaufsförderung für Zigarren und Zigarillos mittels Degustationen und Kundenpromotionen.

Schriftliche Begründung

Zigarren und Zigarillos sind natürliche Genussprodukte. Diese werden fast ausschliesslich von informiert handelnden Geniessern und Geniesserinnen konsumiert. Sie sind keine Einstiegsprodukte für Erstraucher. Deshalb ist es legitim, dass die Präventionspolitik sie unterschiedlich behandelt. Ein Verbot für Degustationen und Promotionen für Zigarren und Zigarillos brächte keinen weiteren Gewinn für die Gesundheitsprävention, sondern würde 300 Arbeitsplätze in mehrheitlich wirtschaftlich schwachen Regionen akut gefährden.

Art. 18a

Proposition de la majorité

Al. 1

La promotion de produits du tabac destinés à être fumés est interdite si elle prend la forme:

...

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Wasserfallen Flavia, Feri Yvonne, Maillard, Meyer Mattea, Moret Isabelle, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Weichelt-Picard)

Al. 1 let abis

abis. d'un rabais limité dans le temps et dans l'espace;

Al. 1 let ater

ater. d'un rabais offert à un cercle de personnes déterminé; ou

Proposition de la minorité II

(Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Nantermod, Rösti, Rüegger, Sauter, Schläpfer)
Biffer

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Glarner, Rösti, Rüegger, Schläpfer)

Al. 3

L'article 18a alinéa 1, ne s'applique pas à la promotion des cigares et cigarillos dont la fumée n'est pas inhalée.

Proposition Wasserfallen Flavia

Al. 1 introduction

Adhérer à la décision du Conseil des Etats



Proposition Rechsteiner Thomas

Al. 3

L'article 18a alinéa 1 ne s'applique pas à la promotion directe et personnelle des cigares et cigarillos au moyen de dégustations et de promotions clients.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Es liegen drei Minderheits- und zwei Einzelanträge vor. Wir werden zuerst den Artikel bereinigen und danach das Resultat aus den betreffenden Abstimmungen dem Antrag der Minderheit II (Glarner) gegenüberstellen, die den Artikel streichen möchte.

Abs. 1 Einleitung – Al. 1 introduction

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21915)

Für den Antrag der Mehrheit ... 98 Stimmen

Für den Antrag Wasserfallen Flavia ... 90 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Abs. 1 Bst. abis, ater – Al. 1 let. abis, ater

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21916)

Für den Antrag der Mehrheit ... 99 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 92 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Abs. 3 – Al. 3

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21917)

Für den Antrag Rechsteiner Thomas ... 137 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit V ... 54 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21918)

Für den Antrag Rechsteiner Thomas ... 96 Stimmen

Dagegen ... 93 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Art. 18a

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21919)

Für den Antrag der Mehrheit/Rechsteiner Thomas ... 120 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 71 Stimmen

(2 Enthaltungen)

AB 2020 N 2369 / BO 2020 N 2369

Art. 18b

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Sponsoring ist verboten für Veranstaltungen in der Schweiz, wenn sie:

- a. internationalen Charakter haben; oder
- b. auf ein minderjähriges Publikum abzielen.

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



Antrag der Minderheit I

(Feri Yvonne, Gysi Barbara, Mäder, Maillard, Meyer Mattea, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Weichelt-Picard)

Abs. 1

Sponsoring von Veranstaltungen in der Schweiz ist verboten.

Abs. 2

Streichen

Antrag der Minderheit II

(Sauter, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Glarner, Nantermod, Rösti, Rüegger, Schläpfer)

Streichen

Art. 18b

Proposition de la majorité

Al. 1

Il est interdit de parrainer des événements qui se déroulent en Suisse et qui:

a. présentent un caractère international; ou

b. ont pour public cible des mineurs.

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Feri Yvonne, Gysi Barbara, Mäder, Maillard, Meyer Mattea, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Weichelt-Picard)

Al. 1

Il est interdit de parrainer des événements qui se déroulent en Suisse.

Al. 2

Biffer

Proposition de la minorité II

(Sauter, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Glarner, Nantermod, Rösti, Rüegger, Schläpfer)

Biffer

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die folgenden Abstimmungen gelten auch für Artikel 3 Buchstabe fbis.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21920)

Für den Antrag der Mehrheit ... 111 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 81 Stimmen

(1 Enthaltung)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21921)

Für den Antrag der Mehrheit ... 109 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 82 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Art. 19

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 20

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



Antrag der Minderheit

(Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Rösti, Rüegger, Sauter, Schläpfer)
Streichen

Antrag Landolt

Die Kantone können strengere Vorschriften erlassen betreffend ... bilden, wenn das Bundesgesetz über Tabakprodukte diese Sachverhalte nicht behandelt.

Schriftliche Begründung

Die Schweiz zeichnete sich bisher traditionell durch eine sehr liberale Gesetzgebung betreffend Umgang mit Werbung von Tabakprodukten aus. Die Kantone haben deshalb die Möglichkeit, aufgrund der Kompetenzzuweisung von Artikel 20 "strengere Vorschriften betreffend Werbung für Tabakprodukte und elektronische Zigaretten sowie für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit einem Tabakprodukt bilden" zu treffen. Durch den vorliegenden Gesetzentwurf wird die Werbung für Tabakprodukte und elektronische Zigaretten massiv eingeschränkt. Werbung ist nur noch in ganz wenigen Ausnahmefällen möglich, wenn der Jugendschutz strikt eingehalten werden kann. Aufgrund dessen lassen sich weitergehende Massnahmen durch die Kantone in diesem Bereich nicht mehr rechtfertigen. Ich empfehle deshalb grundsätzlich, der Minderheit Glarner zu folgen. Eventualiter schlage ich Ihnen vor, Artikel 20 so anzupassen, dass die Kantone strengere Bestimmungen zu Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring für Tabakprodukte und für elektronische Zigaretten sowie für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit einem Tabakprodukt bilden, nur noch dann erlassen dürfen, wenn dies Anwendungsbereiche ausserhalb des Geltungsbereiches des Tabakproduktegesetzes betrifft. Damit wird einerseits dem Anliegen des Ständerates Rechnung getragen, auch die Verkaufsförderung und das Sponsoring einzubeziehen, andererseits würde ein landesweiter Flickenteppich verhindert.

Art. 20

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Rösti, Rüegger, Sauter, Schläpfer)
Biffer

Proposition Landolt

Les cantons peuvent édicter des dispositions plus strictes concernant la publicité pour les produits du tabac et les cigarettes électroniques ainsi que pour les objets qui forment une unité fonctionnelle avec un produit du tabac, si aucune disposition correspondante n'est prévue dans la loi sur les produits du tabac.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die folgenden Abstimmungen gelten auch für Artikel 48a.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21922)

Für den Antrag Landolt ... 109 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 82 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21923)

Für den Antrag der Minderheit ... 95 Stimmen

Für den Antrag Landolt ... 94 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Block 4 – Bloc 4

Kapitel 5: Abgabe an Minderjährige und Testkäufe; Kapitel 6: Pflichten des Unternehmens und

AB 2020 N 2370 / BO 2020 N 2370



Einfuhrbeschränkungen; Kapitel 7: Vollzug; Kapitel 8: Strafbestimmungen; Kapitel 9: Schlussbestimmungen; Anhänge

Chapitre 5: Remise aux mineurs et achats tests; chapitre 6: Obligations de l'entreprise et limite à l'importation; chapitre 7: Exécution; chapitre 8: Dispositions pénales; chapitre 9: Dispositions finales; annexes

Aeschi Thomas (V, ZG): Es sind wirtschaftlich schwierige Zeiten. Wir haben in diesem Jahr ein Defizit von über 20 Milliarden Franken angehäuft. Auch im nächsten Jahr erwarten wir ein Defizit von mehr als 4 Milliarden Franken. Tausende, wenn nicht Zehntausende Familien bangen um ihre Existenz. In dieser Situation fände ich es gerechtfertigt, wenn wir heute beschliessen würden, dass der Schweizer Steuerzahler und die Schweizer Steuerzahlerin nicht auch noch den Personen im Asylprozess die Zigaretten finanzieren sollen. Ich bitte Sie entsprechend, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Feri Yvonne (S, AG): Lassen Sie mich vorgängig etwas zum Jugendschutz sagen: Um diesen wirksam durchzusetzen, braucht es eine gesetzliche Grundlage für die Durchführung von Testkäufen, sei dies für Tabakprodukte, sei dies für alkoholische Produkte. Seit Jahren werden Testkäufe in den Gemeinden durchgeführt. Jedoch fehlt bis anhin die gesetzliche Grundlage. Mit den Anpassungen in Artikel 22 werden nun die entsprechenden Grundlagen geschaffen. Es gab in der Kommission einige Unklarheiten, ob diese Grundlagen nun genügen. Wir haben keinen Minderheitsantrag eingereicht, weil wir diese Zusicherung erhalten haben. Allenfalls kann sich der Bundesrat dazu noch äussern.

Der Ständerat hat in Artikel 26a eine Bestimmung eingefügt, welche die Produzenten bzw. Vertreiber von Tabakprodukten zwingt, die Ausgaben für Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring offenzulegen. Diese Bestimmung war im aktuellen Entwurf des Bundesrates nicht enthalten. Sie stand aber im Entwurf von 2015. Der Ständerat hat sie wiederaufgenommen, weil er die Minimalanforderungen für die Ratifikation der WHO-Konvention erfüllen will. Es erscheint uns wichtig, dass wir diese WHO-Kriterien erfüllen. Deshalb werden wir der Fassung des Ständerates respektive meiner Minderheit zustimmen.

Die weiteren Minderheitsanträge zu Artikel 35 – verknüpft mit Artikel 14b des Lebensmittelgesetzes – und zu den Artikeln 43 und 64 braucht es, damit allfällige Verfehlungen auch gebüsst werden können. Die Strafbestimmungen sind eine wichtige Voraussetzung, um einen wirksamen Jugendschutz umsetzen zu können. Manchmal ist jedoch ein Strafverfahren nicht unbedingt das effektivste Mittel, um in der Praxis ein gesetzeskonformes Verhalten herbeizuführen. So ist es beispielsweise denkbar, dass einem befristeten Verkaufsverbot eine ungleich stärkere Wirkung zukommt als dem Verhängen einer Busse.

Mein Minderheitsantrag zu Artikel 14 des Lebensmittelgesetzes wurde eingereicht, da es auch hier noch Unstimmigkeiten gab. Zwischen der Beratung in der SGK-N und dem heutigen Tage konnte alles nochmals überprüft werden. Es zeigt sich, dass mit dem Entwurf des Bundesrates die Details genügend geregelt sind. Deshalb kann ich meinen Minderheitsantrag zu Artikel 14 des Lebensmittelgesetzes zurückziehen.

Dass nicht nur der oder die einzelne fehlbare Angestellte bei einem Verstoss gegen die Vorschriften über die altersabhängige Abgabe nach Artikel 21 strafrechtlich belangt werden kann, sondern auch der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin, ist für die Wirksamkeit dieser Vorschriften zentral. Entsprechend lautete auch der Entwurf des Tabakproduktegesetzes, wie er vom Eidgenössischen Departement des Innern am 8. Dezember 2017 in die Vernehmlassung gegeben worden ist, genau so, wie vorstehend vorgeschlagen wird. Dass diese beiden Absätze 4 und 5 im Entwurf des Bundesrates vom 30. November 2018 zuhanden des Parlamentes nun weggefallen sind, wird in der dazugehörigen Botschaft nirgends kommentiert oder begründet.

Ich bitte Sie, meine Minderheitsanträge im erwähnten Sinne zu unterstützen.

Glarner Andreas (V, AG): Zu Artikel 31: Hier soll der Erlass administrativer und technischer Vorschriften dem BAG übertragen werden. Was soll denn bitte alles noch dem BAG aufgehast werden? Auch wenn man die Corona-Krise und die entsprechende Mehrbelastung für das BAG ausklammert, stelle ich fest, dass vom BAG sehr vieles versäumt wurde – wer es nicht glaubt, kann sich die Fernsehbeiträge zum Beispiel zur Mittel- und Gegenständeliste (Migel) seit 2003 anschauen, in denen sich der Sprecher regelmässig für Versäumnisse entschuldigen muss und alle auf später vertröstet. Soll diesem BAG nun noch mehr Arbeit übertragen werden, indem es administrative und technische Vorschriften erlassen soll? Ich bitte Sie, diesen Artikel zu streichen. Artikel 32 soll dem Bund die Kompetenz geben, praktisch selbstständig völkerrechtliche Verträge abzuschliessen. Das würde den BAG-Leuten so gefallen, im Ausland immer noch neue Ideen für die Gängelung des Schweizervolkes zu holen.

In Artikel 40 dann die Kostenteilung: Wenn der Bund sich schon überall einmischt, dann soll er bitte auch die Kosten tragen. Wegen dieser umfassenden Kompetenz beantragen wir, dass der Bund die Kosten für das, was er hier beschliesst und noch beschliessen wird, alleine zu tragen hat.



Zu Artikel 2 Absatz 1 des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen: Dieser Artikel wurde ja gemacht, um Personal und Gäste vor dem Einatmen von Rauch zu schützen, also vor dem Passivrauchen. Nun ist es aber erwiesen, dass die Verwendung elektronischer Zigaretten und von Tabakprodukten zum Erhitzen keinen Rauch erzeugt. Also bitte, wovor wollen Sie denn nun diese Leute schützen? Entsprechend macht ein Schutz gegen dieses passive Konsumieren beispielsweise in Bars gar keinen Sinn. Die Regelung soll darum gestrichen werden. Das Streichen dieser Regelung würde übrigens mit der vom Parlament mit dem Rückweisungsbeschluss aus dem Jahr 2016 geforderten differenzierten Regelung von andersartigen, neuartigen Alternativprodukten übereinstimmen.

Amaudruz Céline (V, GE): Nous sommes donc au bloc 4, relatif aux chapitres 5, 6, 7, 8 et 9. Je me contenterai de vous donner les positions du groupe UDC par rapport aux minorités.

A l'article 21a, "Remise aux personnes faisant l'objet d'une procédure d'asile", le groupe UDC vous demande de suivre la minorité Aeschi Thomas qui vient de vous être présentée.

A l'article 26a, "Déclaration des dépenses consacrées à la publicité, à la promotion et au parrainage", le groupe UDC vous recommande de suivre la majorité. En effet, les dépenses d'une entreprise en matière de publicité, de promotion et de parrainage relèvent du secret commercial. Leur déclaration à l'Etat ou à d'autres organismes serait contraire à la liberté économique du fabricant, garantie par la Constitution. Par ailleurs, une telle obligation de déclaration n'aurait aucun effet préventif.

A l'article 31, "Dispositions d'exécution du Conseil fédéral", le groupe UDC vous recommande de suivre la minorité Glarner. La disposition doit être lue en relation avec l'article 32, relatif à la collaboration internationale. La majorité propose de donner au Conseil fédéral la possibilité d'adopter le contenu d'accords internationaux par le biais de dispositions d'exécution, contournant ainsi la compétence du Parlement de conclure des traités. C'est la raison pour laquelle nous vous recommandons de ne pas la suivre.

A l'article 32 alinéa 2, qui concerne la collaboration internationale, le groupe UDC vous demande de suivre également la minorité Glarner. La compétence de conclure des traités relève du Parlement. Ce principe de base doit également s'appliquer ici. Par conséquent, la norme de délégation au Conseil fédéral doit être rejetée.

A l'article 35 alinéa 5, "Contrôle et mesures", le groupe UDC vous demande de suivre la majorité. Il considère que les mesures proposées par la minorité Feri Yvonne sont disproportionnées. Le propriétaire d'un kiosque, par exemple, pourrait être soumis à une interdiction permanente de vente si ces employés remettent deux fois un produit du tabac à des mineurs.

AB 2020 N 2371 / BO 2020 N 2371

A l'article 40, "Répartition des coûts", le groupe UDC vous recommande de suivre la minorité Glarner.

A l'article 43 alinéa 1 lettre e et alinéas 4 et 5 ainsi qu'à l'article 64 alinéa 1 lettre h et alinéa 6 de la loi sur les denrées alimentaires, nous vous recommandons de soutenir la majorité et de rejeter la minorité Feri Yvonne.

A l'article 14 de la loi sur les denrées alimentaires, "Restrictions s'appliquant à la remise de boissons alcooliques et à la publicité pour ces boissons", nous vous recommandons également de suivre la majorité et de rejeter la minorité Feri Yvonne.

Enfin, par rapport à l'annexe 3 et la loi fédérale du 3 octobre 2008 sur la protection contre le tabagisme passif, plus précisément à son article 2 alinéa 1, nous vous recommandons de soutenir la minorité Glarner.

Gysi Barbara (S, SG): Sie haben es gehört, in diesem Block geht es um verschiedenste Bestimmungen zur Abgabe, zu Testkäufen und auch zur internationalen Zusammenarbeit, zu Ein- und Ausfuhrbestimmungen und auch zu Strafbestimmungen.

Die Minderheitsanträge Aeschi Thomas und Glarner lehnen wir als SP-Fraktion ab, die Minderheitsanträge Feri Yvonne unterstützen wir, soweit sie aufrechterhalten werden. Die Einzelanträge lehnen wir ebenfalls ab. Einzig den Einzelantrag Hess Lorenz unterstützen wir. Die Kommissionsinitiative 20.4059 wurde beschlossen; eine Rechtslücke ist damit nicht zu befürchten, darum kann dieser Einzelantrag angenommen werden.

Noch einige Ausführungen im Detail. Zur Minderheit Aeschi Thomas zu Artikel 21: Auch in diesem Gesetz findet die SVP Möglichkeiten, gegen Asylsuchende Stimmung zu machen. Tabakprodukte und elektronische Zigaretten sollen nicht an Personen im Asylverfahren abgegeben werden. Das ist absurd. Grundsätzlich will die SVP überall möglichst wenige Regelungen, ausser es richtet sich gegen Asylsuchende. Die Gefährlichkeit oder gesundheitsschädigende Wirkung von Tabakprodukten und elektronischen Zigaretten hat absolut nichts mit dem Aufenthaltsstatus zu tun, sondern mit den Substanzen. Herr Aeschi macht hier einen Unterschied, und das ist absolut absurd und menschenverachtend.

Die Minderheit Feri Yvonne zu Artikel 26a will dem Ständerat folgen. Wir erachten es als wichtig und richtig,



dass dem Bund jährlich gemeldet werden soll, wie viel Geld für Werbung und Sponsoring ausgegeben wird. Wir wollen ja eine Einschränkung der Werbung; mit Geschäftsgeheimnissen hat das gar nichts zu tun. Der Bundesrat kann dies in der Detailausgestaltung berücksichtigen. Unter dem Aspekt der Prävention ist es eben auch wichtig zu erfahren, wie viel Geld in die Werbung fliesst.

Bei Artikel 31 Absatz 1 will der Einzelantrag Landolt eine Kann-Formulierung beim Erlass der Ausführungsbestimmungen bezüglich der Anwendung internationaler Normen. Die SP-Fraktion unterstützt hier die verbindliche Version des Bundesrates. Die Minderheit Glarner will diesen Passus ganz streichen, sie will also keine Vorgaben verankern. Für uns ist das kein gangbarer Weg, wir wollen Klarheit für die Exportwirtschaft und die Absatzmärkte.

Wir lehnen bei Artikel 32 Absatz 2 den Antrag der Minderheit Glarner ab. Diese Minderheit will nämlich diesen Absatz streichen und somit verhindern, dass der Bundesrat völkerrechtliche Verträge abschliessen kann. Auch hier bin ich den Eindruck nicht ganz losgeworden, dass einmal mehr der Reflex der SVP spielt, möglichst einen Schweizer Sonderweg beschreiten zu wollen.

Wir unterstützen bei Artikel 35 Absatz 5 den Antrag der Minderheit Feri Yvonne, der auch Artikel 14b des Lebensmittelgesetzes (LMG) betrifft. Unsere Fraktionskollegin fordert hier, dass man einer Verkaufsstelle bei wiederholten oder schweren Widerhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes betreffend die Abgabe an Minderjährige den Verkauf vorübergehend oder dauerhaft verbieten kann. Das ist absolut richtig. Wer gegen den Jugendschutz verstösst, soll dafür zur Verantwortung gezogen werden. Mit der Anpassung im LMG soll auch beim widerrechtlichen Verkauf oder der widerrechtlichen Abgabe von Alkohol an Minderjährige die gleiche Sanktion eingeführt werden.

Wir unterstützen zudem bei Artikel 43 die Anträge der Minderheit Feri Yvonne, bei welchen es ebenfalls um zusätzliche Sanktionen geht. Auch das ist absolut richtig. Es braucht Sanktionen. Es braucht stärkere Sanktionen als jene, wie sie der Bundesrat vorgesehen hat.

Die Minderheit Glarner fordert bei Artikel 40, dass der Bund die vollen Kosten für den Vollzug tragen soll. Wir empfehlen Ihnen, dem Antrag der Kommissionsmehrheit bzw. dem Beschluss des Ständerates und dem Entwurf des Bundesrates zuzustimmen, wonach diese Kosten auf Bund und Kantone nach ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen aufgeteilt werden sollen. Wir erachten das als sinnvoll.

Zum Anhang 2: Hierzu liegt ein Einzelantrag Bäumle vor, der die maximalen Nikotinwerte bei Snus festschreiben will. Dass das in der Begründung erwähnte hochdosierte Produkt verboten werden konnte, zeigt, dass eine Formulierung in dieser Form nicht nötig ist.

Noch ein paar Sätze zum Passivrauchen, auch hierzu liegen Einzelanträge vor: Wir wollen keine Aufweichung des Schutzes vor Passivrauchen. Wir wollen das Dampfen in Innenräumen nicht zulassen. Das wäre nämlich ein falsches Signal. Das wollen wir nicht.

Besten Dank für die Unterstützung unserer Empfehlungen.

Humbel Ruth (M-CEB, AG): In Artikel 21a möchte die Minderheit Aeschi Thomas die Abgabe von Tabakprodukten an Personen im Asylprozess verbieten. Wir machen mit diesem Gesetz keine Asylpolitik, sondern regeln die Tabakprodukte. Abgesehen davon stellt sich die Frage, wie eine solche Bestimmung umgesetzt werden sollte. Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP lehnt diesen Minderheitsantrag ab.

Bei Artikel 26a stimmt die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP ebenfalls mit der Kommissionsmehrheit gegen eine Meldepflicht der Ausgaben der Firmen für Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring. Eine solche Bestimmung dient weder dem Jugendschutz noch der Verhinderung des Tabakkonsums, auch wenn die Auflage angeblich zu den Minimalforderungen für eine Ratifizierung der WHO-Konvention gehören soll. In der Kommission wurde ausgeführt, dass zwei Länder diese Verpflichtung umsetzen, abgesehen natürlich von Ländern mit einem totalen Werbeverbot, in denen es keine solche Bestimmung braucht.

Bei den Artikeln 31 und 32 geht es um die Ausführungsbestimmungen und die internationale Zusammenarbeit. Es geht dabei um technische Normen und nicht um Normen mit formellem Gesetzescharakter. Der Bundesrat muss auf technischer Ebene handlungsfähig sein, weshalb die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP bei beiden Artikeln den Antrag der Kommissionsmehrheit unterstützt.

In Artikel 40 möchte die Minderheit Glarner die Kosten des Vollzuges dieses Gesetzes ganz dem Bund aufbürden, dies mit der Begründung, der Bund hätte in diesem Bereich eine umfassende Legiferierungskompetenz. Das stimmt zumindest heute so nicht. Eigenartig angesichts dieser Begründung ist ja der Antrag der Minderheit Glarner bei Artikel 20, mit dem die Minderheit den Kantonen weitergehende Vorschriften untersagen will. Dieser Minderheitsantrag wurde vorhin bei Block 3 knapp angenommen. Ich gehe davon aus, dass der Ständerat an seinem Beschluss festhalten will, gibt es doch heute schon Kantone, welche weiter gehen. Beispielsweise verbieten sechs Kantone Werbung für Tabakprodukte in Kinos, und sechzehn Kantone verbieten heute schon



Plakatwerbung für Tabakprodukte. Artikel 40 sieht vor, dass Bund und Kantone die Kosten in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich bezahlen. Das ist auch richtig so, weshalb der Minderheitsantrag Glarner abzulehnen ist, was die Mitte-Fraktion auch tut.

Bei Artikel 43 möchte die Minderheit Feri Yvonne, dass sich bei der Abgabe an Minderjährige nicht bloss die Person, welche die Ware verkauft, strafbar macht, sondern auch der Arbeitgeber. Die Mitte-Fraktion lehnt diese zusätzliche Haftungsnorm ab. Es kann nicht sein, dass sowohl das Unternehmen als auch die arbeitnehmende Person für den gleichen Sachverhalt gebüsst werden.

AB 2020 N 2372 / BO 2020 N 2372

Bei Artikel 2 Absatz 1 des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen wird die Mitte-Fraktion mehrheitlich dem Einzelantrag Landolt zustimmen. Der Antragsteller will zwei neue Absätze einführen, um die Verwendung von elektronischen Zigaretten und von Tabakprodukten zum Erhitzen in bestimmten Zonen der Betriebe wie auch in bestimmten Zonen spezialisierter Verkaufsgeschäfte zu gestatten. Zu allfällig schädlichen Auswirkungen von Tabakprodukten zum Erhitzen und von E-Zigaretten liegen bisher noch kaum Erkenntnisse vor, weshalb nach dem Vorsorgeprinzip der Minderheitsantrag Glarner abzulehnen ist, was die Mitte-Fraktion mehrheitlich tut.

Persönlich werde ich dem Einzelantrag Bäumle zu Anhang 2 zustimmen. Der Antrag betrifft die Höchstmenge der Emissionen und den Höchstwert an Nikotin bei Tabakprodukten zum oralen Gebrauch. Die Begründung ist plausibel. Wir können nicht vermeintlich schadensmindernde Alternativen zum Rauchen zulassen, die dann durch den überhöhten Nikotingehalt zu gesundheitlichen Schäden führen können.

Zusammenfassend wird die Mitte-Fraktion beim Block 4 mehrheitlich der Kommissionsmehrheit folgen, und ich bitte Sie, das auch zu tun.

Porchet Léonore (G, VD): Ce dernier bloc traite de plusieurs objets différents, dont le contrôle et les normes pénales.

Mais nous commençons avec la minorité Aeschi Thomas à l'article 21a, qui est d'une transparence sur les objectifs profonds du groupe UDC que je trouve presque rafraichissante. On a vu, durant tout ce débat, que le groupe UDC a tenu absolument à faire passer les profits de l'industrie du tabac avant la santé. Mais nous découvrons ici qu'il y a une chose encore plus importante que les profits de l'industrie du tabac, c'est la possibilité de pouvoir discriminer celles et ceux qui viennent demander de l'aide en Suisse. Cette proposition est outrageuse, et nous allons évidemment refuser cette proposition de minorité. Nous vous demandons où il faudrait s'arrêter? Est-ce qu'ensuite, les chômeurs n'auront plus non plus le droit de fumer, est-ce que les étudiants n'auront plus le droit de fumer, etc.? Mais bon, nous sommes pour la transparence, donc nous vous remercions, au moins, c'est clair.

Nous sommes pour la transparence, et c'est aussi pour cela que nous allons suivre la minorité Feri Yvonne à l'article 26a, afin de savoir combien d'argent est dépensé pour séduire les enfants comme les adultes et les inciter à fumer, et afin de savoir quelle est la force de frappe de cette industrie qui tue.

Les Verts rappellent aussi que la Suisse n'est pas une île, et que la lutte contre l'addiction au tabac est plus forte si elle est collective. Nous ne devons donc pas nous priver notamment de compétences qui se trouvent à l'étranger. Nous refuserons donc la proposition de la minorité Glarner à l'article 31, et la proposition Landolt à ce même article.

Nous rappelons aussi que cette loi veut protéger la jeunesse avec des normes. Si ces normes ne sont pas respectées, il doit y avoir des conséquences strictes et efficaces. C'est bien pour cela que nous allons suivre la minorité Feri Yvonne à l'article 35. Le fait de ne plus avoir le droit de vendre un produit qui est nocif pour la santé, en particulier de la jeunesse, si on contrevient à ces règles nous semble être une sécurité supplémentaire élémentaire pour les mineurs.

C'est aussi une mesure qui nous paraît élémentaire qui est proposée par la minorité Feri Yvonne à l'article 64 alinéa 6. Il faut sanctionner les entreprises qui ne mettent pas en place les mesures nécessaires pour empêcher la vente aux mineurs. Cela me semble absolument normal de tenir les entreprises pour responsables.

Suivant toujours cette volonté de protection des mineurs, nous trouvons pertinent de profiter de ce débat pour améliorer la protection en matière d'alcools. Ces produits, il faut le rappeler, sont conçus pour attirer les adolescents et pour les alcooliser le plus possible, le plus rapidement possible sans qu'ils ne s'en rendent compte. L'alcool, je le rappelle, est la cause numéro un d'intoxication aiguë parmi les moins de 18 ans.

Pour finir, nous rejetterons la minorité Glarner à l'article 2 alinéa 1 lettre b de la loi fédérale sur la protection contre le tabagisme passif. Il n'y a pas de consensus scientifique sur la dangerosité ou l'absence de dangerosité du vapotage. Des études ont notamment montré que le taux de nicotine trouvé dans le sang est le même,



qu'il s'agisse de vapoteurs passifs ou de fumeurs passifs. Il n'y a donc pas de raison de les traiter de manière différente. Nous considérerons qu'il faut leur imposer les mêmes interdictions et les mêmes règles. Il faut aussi rappeler qu'il s'agit d'un produit d'appel visant à pousser à fumer, et rarement d'un produit de substitution.

Pour celles et ceux qui en appellent à la responsabilité des restaurateurs à propos de cette règle, je dois rappeler que c'est le dernier de leurs soucis actuellement, notamment parce que les vapoteurs sortent en général avec leurs amis fumeurs. Cela se fait déjà actuellement et aura donc très peu d'impact. D'ailleurs, je me demande bien où ceux qui s'en remettent aujourd'hui à la responsabilité des restaurateurs étaient la semaine passée lorsque nous avons voté sur la question des loyers commerciaux!

Je terminerai en disant que nous allons soutenir la proposition individuelle Hess Lorenz, car nous avons assez attendu, et que nous rejetterons les propositions Landolt et Bäumle.

Dobler Marcel (RL, SG): Ich komme zu Block 4, in welchem wir alle verbleibenden Artikel und Anhänge behandeln.

In Kapitel 5 wird bei Artikel 21a von der Minderheit Aeschi Thomas gefordert, die Abgabe von Tabakprodukten an Personen, die sich im Asylprozess befinden, zu verbieten. Personen im Asylprozess erhalten sehr wenig Sackgeld pro Tag. Es fragt sich auch, wie man diese Bestimmung umsetzen könnte. Es würde einer Diskriminierung eines Teils der Bevölkerung gleichkommen, die man kaum erklären könnte. Ich bitte Sie, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Bei Kapitel 6 will die Minderheit Feri Yvonne in Artikel 26a festschreiben, dass Firmen, die Tabakprodukte herstellen, beim BAG die Höhe der Ausgaben für Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring melden. Eine solche Bestimmung wäre etwas völlig Neues. Es wäre undenkbar, Unternehmen in anderen Bereichen dazu zu verpflichten, ihre Geschäftsgeheimnisse – dazu gehört das Werbebudget – offenzulegen. Die Bekanntgabe der Ausgaben für die Verkaufsförderung wäre auch wettbewerbsverzerrend. Es gibt keinen Grund für diese Verpflichtung. Es hat nichts mit Jugendschutz zu tun; es geht um Neugierde.

Wir kommen zu Kapitel 7 und Artikel 31 Absatz 1. Es macht Sinn, dass der Bundesrat sich beim Erlass seiner Ausführungsbestimmungen an international anerkannten Richtlinien, Empfehlungen und Normen orientiert. Es macht keinen Sinn, im Hinblick auf Import, Export und Gesundheit Differenzen zum Ausland zu schaffen, wenn sie nicht erforderlich sind. Mit speziellen Normen würden wir die Hersteller dazu zwingen, unterschiedliche Verfahren zu durchlaufen.

Zu Artikel 32 Absatz 2: Wenn man Ja zur Prävention und zu einer internationalen Zusammenarbeit sagt, sind auch ein Informationsaustausch und Verträge, die dies regeln, notwendig. Es geht um die Teilnahme an Warnsystemen, um festzustellen, wenn es gefährliche Produkte gibt. Diese muss man dann auch vom Markt nehmen. Es geht auch darum, Kosten zu sparen.

Kollegin Yvonne Feri hat in Artikel 35 Absatz 5 und in weiteren Artikeln weitere Minderheitsanträge zur Verschärfung von Restriktionen eingereicht, um die Firmen haftbar zu machen. Ich bitte Sie, bei all diesen Anträgen der Mehrheit zu folgen. Das jetzige System funktioniert und muss nicht angepasst werden.

Bei Artikel 40 will die Minderheit Glarner die Kosten des Vollzugs nicht nach Zuständigkeitsbereich zwischen Kantonen und Bund aufteilen, sondern der Bund soll alles bezahlen. Da der Kanton aufgrund des Verkaufs der Produkte durch diese Firmen auch Einnahmen generiert, macht es Sinn, dass auch der Kanton zum Jugendschutz einen Beitrag nach Zuständigkeitsbereich leistet und nicht der Bund alle Kosten trägt. Diese Aufteilung ist der normale Weg.

Zu Anhang 2 haben wir einen Einzelantrag Bäumle, welcher bei Snus pro Beutel einen Nikotin-Maximalwert fordert. Je nach Rezeptur und auch Feuchtigkeit dieser Beutel wird das Nikotin vom Körper sehr unterschiedlich aufgenommen. Die Unterschiede sind deutlich grösser als beim Rauchen. Wir

AB 2020 N 2373 / BO 2020 N 2373

haben in der Beratung nicht über konkrete Maximalwerte gesprochen. Ich kann Ihnen nicht sagen, wo dieser Maximalwert unter diesen Bedingungen, wenn es grosse Unterschiede in der Wirkung gibt, genau liegen sollte. Wir von der FDP-Liberalen Fraktion bitten Sie daher, von einem Maximalwert als Platzhalter im Moment abzusehen.

Bei Artikel 14 Absatz 1 in Anhang 3 sind wir der Ansicht, dass die heutigen gesetzlichen Grundlagen genügen. Wir beabsichtigen, den Minderheitsantrag Feri Yvonne abzulehnen, sofern der Bundesrat dessen Notwendigkeit nicht bestätigt.

Beim Einzelantrag Hess Lorenz zu Artikel 73 Absatz 2 in Anhang 3 werden wir die Ausführungen des Bundesrates abwarten.

Beim Rauchverbot gemäss Artikel 2 des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen will der Bundesrat



das Rauchen von elektronischen Zigaretten und von Tabakprodukten zum Erhitzen verbieten. Die Minderheit Glarner will dieses Verbot streichen. Der Einzelantrag Bäumle will das Rauchen von E-Zigaretten erlauben, das Erhitzen von Tabakprodukten aber verbieten. Die FDP-Liberale Fraktion wird der Minderheit Glarner folgen. Wird deren Antrag abgelehnt, empfehlen wir Ihnen den Einzelantrag Bäumle zur Annahme.

Bircher Martina (V, AG): Geschätzter Kollege Dobler, Sie lehnen den Antrag Aeschi Thomas ab, wonach Asylsuchende mit ihrer Tagespauschale von 10 Franken keine Tabakprodukte kaufen können. Sie sagen, dass die 10 Franken sehr knapp bemessen seien. Aber diese 10 Franken sind ja eigentlich für die Deckung des Existenzminimums gedacht. Gehört für Sie das Rauchen zum Existenzminimum, braucht man es, um überleben zu können?

Dobler Marcel (RL, SG): Es ist ja so, dass diese Personen im Asylprozess auch Arbeiten ausführen und ihre Einkünfte erweitern können. Über dieses Geld können sie frei verfügen. Sie können selber entscheiden, wofür sie es genau investieren; es macht keinen Sinn, dass das für Tabakprodukte verboten ist. Wie genau wollen Sie sicherstellen, dass diese Abgabe dann nicht stattfindet? Ich finde, es soll jeder völlig frei entscheiden können, was er konsumiert. Den Kauf von Tabakprodukten für Asylsuchende zu verbieten, macht wirklich keinen Sinn.

Mäder Jörg (GL, ZH): Zum Minderheitsantrag zu Artikel 21 – Stichwort Asylprozess – rede ich so lange, wie es seiner Qualität entspricht.

Bei Artikel 26 unterstützen wir die Mehrheit. Unserer Meinung nach ist der betreffende Minderheitsantrag ein zu grosser, unnötiger Eingriff in die Gewerbefreiheit. Falls es zu Problemen bezüglich der Ratifizierung kommen sollte, lässt sich das sicherlich auch anders lösen.

Kommen wir zu den Artikeln 31 und 32: Es geht hier darum, dass die verschiedenen Behörden der verschiedenen Länder effizient miteinander arbeiten und Daten austauschen können. Das wird jeweils geregelt, damit es auch wirklich funktioniert. Es geht hier nicht um einen heimlichen EU-Beitritt oder irgendetwas anderes. Lehnen Sie diese Minderheitsanträge und Einzelanträge bitte ab.

Der Minderheitsantrag Feri Yvonne zu Artikel 35 würde eine Art Lizenzsystem bedingen, was ein grundsätzlicher Systemwechsel wäre. Diese Frage kann man diskutieren. Die aktuelle Debatte ist aber der falsche Moment. Wir lehnen diesen Antrag deshalb ab.

Ebenso lehnen wir den Antrag der Minderheit Glarner zu Artikel 40 ab. Die Kantone haben wesentlichen Einfluss bei der Umsetzung; also sollen sie diese Kosten auch selber tragen. Ansonsten könnten sie beliebig ausbauen und die Rechnung an den Bund schicken. Ich glaube nicht, dass das etwas ist, was wir wollen.

Den Antrag der Minderheit Feri Yvonne bei Artikel 42 sehen wir in der Umsetzung als sehr problematisch an. Wir lehnen ihn deshalb ab.

Den Einzelantrag Bäumle zu Anhang 2 unterstützen wir. Es ist sinnvoll, für Produkte wie Snus auch klare Grenzwerte festzulegen. Ansonsten wäre es die einzige Kategorie, die nicht reguliert wäre.

Die Minderheitsanträge zum Lebensmittelgesetz erachten wir als unnötig und lehnen sie ab.

Kommen wir zum Schluss noch einmal zu einem Knackpunkt, zum Passivrauchen. Uns ist klar, dass sich der Dampf der neuen Produkte, insbesondere seine Zusammensetzung, stark vom Rauch von Zigaretten unterscheidet. Die Bestandteile bleiben weniger stark in der Luft hängen, und es werden andere Substanzen in anderen Mengen verbreitet. Entsprechend ändert sich auch die Passivbelastung. Wir sind aber klar der Meinung, dass der grösste Teil der Bevölkerung sich über die aktuelle Luftqualität in geschlossenen öffentlich zugänglichen Räumen freut. Wir glauben kaum, dass man diese Freude auch nur in Teilen wieder hergeben möchte. Von daher soll "rauchfrei" auch "dampffrei" umfassen. Eine Freigabe lehnen wir daher ab. Eine Dreiteilung gemäss dem Antrag Landolt erachten wir als zu kompliziert. Wir lehnen deshalb auch diesen ab.

Berset Alain, conseiller fédéral: Les derniers chapitres de cette loi sont consacrés à deux sujets principaux, la remise aux mineurs et les achats tests, de même qu'à l'obligation pour l'industrie du tabac et de la cigarette de déclarer les dépenses de publicité, aux dispositions d'exécution, aux dispositions pénales, et enfin aux aspects qui concernent la protection contre le tabagisme passif.

J'aimerais concentrer mon intervention sur deux éléments. Premièrement, pour tenir l'engagement pris face à la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national, je donnerai des explications complémentaires relatives aux achats tests. Depuis une vingtaine d'années, les cantons utilisent les achats tests dans le domaine de l'alcool afin de contrôler l'interdiction de vente. Il s'agit d'une pratique controversée, car les cantons ne disposent d'aucune base légale pour effectuer ces contrôles. Dans ce cadre, le Tribunal fédéral a jugé que les résultats de ces achats tests ne pouvaient pas être utilisés lors de procédures pénales et administratives.



Avec l'introduction de l'article 14a dans la loi fédérale sur les denrées alimentaires et de l'article 22 dans la loi fédérale sur les produits du tabac, le Conseil fédéral tente de créer les bases légales nécessaires au niveau du droit fédéral. Ces deux articles prévoient, et c'est une citation, que "l'autorité cantonale compétente" – donc l'autorité compétente sur le plan cantonal – "peut effectuer des achats tests ou mandater des tiers à cet effet." C'est une formulation qui laisse une importante marge de manoeuvre aux cantons pour organiser comme ils le souhaitent des achats tests de tabac et d'alcool. Le Conseil fédéral ne prévoit pas de restreindre les possibilités et la marge de manoeuvre des cantons, qui seront donc libres, s'ils le souhaitent, de déléguer la compétence de réaliser les achats tests, par exemple aux communes ou aux organisations privées de leur choix. Voilà pour la clarification que je souhaitais apporter suite au débat en commission.

Le deuxième élément concerne l'obligation relative à la déclaration des dépenses de publicité, portée par la minorité Feri Yvonne qui souhaiterait suivre en cela le Conseil des Etats. En fait, votre commission n'a apporté qu'une seule modification à la version du Conseil des Etats, mais il s'agit d'une modification importante, qui supprime l'obligation, pour l'industrie, de déclarer les dépenses de publicité. Cette disposition constitue cependant l'une des conditions de base pour permettre à la Suisse de ratifier la Convention-cadre de l'Organisation mondiale de la santé pour la lutte antitabac. La commission préparatoire s'est basée sur les exigences minimales de cette convention pour formuler cette disposition. Ses opposants ont exprimé leur crainte de voir les secrets d'affaires divulgués si le montant des dépenses de publicité, de promotion et de parrainage étaient publiés. Or, précisément dans le cadre des délibérations du Conseil des Etats, le Conseil fédéral s'est engagé à ne pas publier les déclarations individuelles et à collecter uniquement des données agrégées au niveau de la branche.

J'aimerais réitérer cet engagement. Afin d'éviter aux entreprises de devoir envoyer des données individuelles à l'OFSP, il est évidemment, dans ce cadre, envisageable que la branche elle-même se charge d'agréger les données.

AB 2020 N 2374 / BO 2020 N 2374

En outre, l'OFSP ne publiera pas activement ces données. Il devra uniquement les mettre à disposition, sous leur forme agrégée, si quelqu'un en fait la demande sur la base de la loi sur la transparence. Cela étant dit, avec la manière dont il est prévu de procéder, il n'y aurait évidemment aucune violation du secret d'affaire dans ce cas.

J'aimerais vous indiquer encore que cette disposition est pour nous très importante pour pouvoir ratifier la convention-cadre. Sans cela, nous ne pourrions pas le faire. J'aimerais donc vous inviter à suivre la minorité Feri Yvonne.

Nous sommes saisis de la proposition Hess Lorenz, à l'annexe 3 chiffre 1, qui vise à biffer l'article 73 alinéa 2 de la loi sur les denrées alimentaires dans le cadre de loi sur les produits du tabac. Vous avez réglé cette question ce matin. Nous vous invitons à soutenir cette proposition.

Nous vous proposons par contre de rejeter toutes les autres minorités et propositions et, donc, pour tous les autres éléments, de suivre la majorité de la commission.

Hess Lorenz (M-CEB, BE), für die Kommission: Wir sind im letzten Block angelangt, und ich bitte Sie namens der Mehrheit, hier alle Minderheitsanträge abzulehnen. Wir haben in diesem Block ausser in einem Buchstaben auch keine Unterschiede zur Version des Ständerates oder des Bundesrates; in allen zu beratenden Artikeln ist eine konsolidierte Mehrheit vorhanden.

Auf einen Punkt möchte ich jedoch hinweisen: Es geht um die Minderheit Feri Yvonne oder besser gesagt den Beschluss des Ständerates in Artikel 26a. Er möchte, dass die Unternehmungen ihre Ausgaben für Werbung und Marketing dem Bund melden müssen. Die Mehrheit Ihrer Kommission beantragt Ihnen, diesen Passus zu streichen. Es gibt keinen ersichtlichen Zusammenhang zwischen Jugendschutz oder Prävention und dem Transparentmachen von Marketingzahlen gegenüber dem Bund. Stellt man sich vor, wenn das Schule machen würde, auf welche Branchen man das noch ausdehnen könnte, mit welchen Begründungen auch immer, sieht man, dass das einfach ein untauglicher Versuch ist, ein bisschen der Industrie zu schaden. Wir hatten schon mehrere Minderheiten mit solchen Versuchen. Entweder ist man konsequent, und dann müsste man das Produkt als solches verbieten, oder man akzeptiert, dass das Produkt da ist, dass es produziert, vertrieben und auch limitiert beworben wird. Deshalb sind solche Massnahmen nicht zielführend.

Ich ergreife noch kurz die Gelegenheit, auf meinen Einzelantrag hinzuweisen. Ich missbrauche da das Amt des Kommissionssprechers nicht: Dieser Antrag ist ein Vorschlag der Verwaltung, und wie es eben auch Herr Bundesrat Berset bestätigt hat, handelt es sich dabei um eine prozessuale, formale Geschichte. In Artikel 73 Absatz 2 des Lebensmittelgesetzes wäre die Verlängerung geregelt gewesen, die wir gebraucht hätten, weil



die Inkraftsetzung des Tabakproduktegesetzes, sofern es denn akzeptiert wird, nicht für einen lückenlosen Übergang gereicht hätte. Das wäre die Idee in Artikel 73 Absatz 2 des Lebensmittelgesetzes gewesen. Diesen Passus kann man nun streichen, weil wir ja heute Vormittag die entsprechende Kommissionsinitiative 20.459 durchgewinkt haben. Deshalb ist Artikel 73 Absatz 2 jetzt nicht mehr nötig – so viel zu diesem Vorschlag, der von der Verwaltung an uns herangetragen wurde.

In Block 4 bitte ich Sie, überall der Mehrheit zu folgen.

Roduit Benjamin (M-CEB, VS), pour la commission: Voici le dernier bloc, qui concerne les chapitres 5 à 9 et les annexes, avec ses neuf minorités et cinq propositions individuelles.

Si la proposition défendue par la minorité Aeschi Thomas à l'article 21a concernant la remise de tabac et de cigarettes électroniques aux requérants d'asile a été peu discutée, elle a été rejetée par 17 voix contre 7 et 1 abstention, parce que cette thématique, spécifique à un seul parti, est éloignée de l'objectif premier de la loi qui est de protéger la santé des mineurs.

A l'article 26a, par contre, il y a eu plus de débats. En effet, au contraire du Conseil des Etats et de la proposition défendue par la minorité Feri Yvonne – rejetée par 13 voix contre 9 et 2 abstentions –, notre commission estime que l'obligation de déclarer les dépenses consacrées à la publicité, à la promotion et au parrainage, qui serait quelque chose d'entièrement nouveau – seuls deux pays sur 180 l'ont imposé –, obligerait les entreprises à divulguer leurs secrets d'affaires, irait à l'encontre de la liberté économique et fausserait la concurrence. De plus, cela n'a rien à voir avec la protection des mineurs.

L'article 31, en page 25 du dépliant, donne au Conseil fédéral la possibilité d'adopter le contenu d'accords internationaux par le biais de dispositions d'exécution. La commission, par 16 voix contre 8 et 1 abstention, estime qu'il est plus simple pour les entreprises de pouvoir adopter des normes reconnues au niveau international, sachant qu'il y a des domaines où nous n'avons pas la possibilité d'élaborer nous-mêmes des normes appropriées. La minorité Glarner, tout comme la proposition Landolt qui vise à garder la possibilité pour l'Office fédéral de la santé publique de revoir les normes techniques des annexes et les règles graphiques pour les mises en garde sur les paquets, estime au contraire que cet article contourne la compétence du Parlement de conclure des traités. Cela avait été notamment l'une des raisons du renvoi du premier projet par le Parlement en 2016.

C'est ce même argument qui a été présenté par la minorité Glarner pour biffer l'article 32 alinéa 2, qui concerne la possibilité du Conseil fédéral de conclure seul des traités internationaux concernant l'échange d'informations et la participation aux réseaux de lutte contre le tabagisme. Par 18 voix contre 7, la commission est cependant d'avis qu'il est important que nous soyons informés suffisamment tôt, par exemple sur les produits dangereux qui apparaissent sur le marché.

En ce qui concerne les contrôles et les mesures, la minorité Feri Yvonne, à l'article 35 alinéa 5 demande qu'en cas d'infractions répétées ou graves, sur la base d'achats tests, le canton puisse retirer, partiellement ou complètement, l'autorisation de vente de manière provisoire ou durablement. La commission, par 13 voix contre 7 et 3 abstentions, estime que ces mesures sont disproportionnées.

De plus une motion semblable a été rejetée par le Conseil fédéral et classée sans suite au motif que l'article 43 prévoit déjà une amende suffisamment dissuasive de 40 000 francs.

Revenons à l'article 40, à la page 30 du dépliant, où une proposition Glarner vise à faire en sorte que la Confédération assume l'entier des frais d'exécution de la loi. La commission, par 17 voix contre 7 et 0 abstention, l'a rejetée, estimant que chaque niveau administratif doit supporter les coûts qui surviennent dans son propre domaine. Or il est prévu ici que l'exécution relève des cantons.

Retour à gauche, avec, à l'article 43, la proposition de la minorité Feri Yvonne, qui vise, à l'alinéa 1 lettre e et aux nouveaux alinéas 4 et 5, à ce que non seulement le personnel de vente, mais aussi, selon les cas, l'employeur, puissent être sanctionnés. Par 16 voix contre 8, la commission a rejeté cette proposition. Elle pose en effet un problème puisque les personnes morales ne sont pas punissables au regard du droit pénal. De plus la possibilité de punir l'employeur serait arbitraire dans la mesure où il est difficile de définir clairement quelle serait sa réelle responsabilité dans l'infraction.

La proposition individuelle Bäumle concerne les valeurs maximales de 20 milligrammes de nicotine par paquet indépendamment de la grandeur de celui-ci, valeurs recommandées par l'UE. Elle n'a pas été discutée en commission. Nous ne pouvons donc pas prendre position.

La minorité Feri Yvonne concernant l'article 14 de la loi fédérale sur les denrées alimentaires a, à ma connaissance, été retirée suite à une clarification de la part de l'administration. Cette minorité est également à l'origine de la proposition individuelle Hess Lorenz, qui visait à prolonger, à l'article 73 alinéa 2 de la loi sur les denrées alimentaires, la réglementation transitoire des produits du tabac. Cette proposition n'a plus sa raison d'être



depuis l'acceptation, hier, à l'unanimité, de l'initiative parlementaire 20.459 prolongeant la réglementation transitoire des produits du tabac dans la loi fédérale sur les denrées alimentaires.

Enfin un dernier débat d'importance a porté sur l'article 2 alinéa 1 lettre b de la loi fédérale sur la protection contre le tabagisme passif, où l'enjeu était de savoir si les consommateurs de produits du tabac à chauffer ou de cigarettes

AB 2020 N 2375 / BO 2020 N 2375

électroniques devaient rejoindre les fumoirs des établissements publics ou s'ils pouvaient rester avec les autres clients. L'enjeu est de savoir si ces produits occasionnent un tabagisme passif. La réponse donnée en commission par l'Office fédéral de la santé publique était clairement oui. D'où le rejet – néanmoins serré, par 11 voix contre 11 avec la voix prépondérante de la présidente et 3 abstentions – de la minorité Glarner visant à biffer l'alinéa 1 lettre b de cet article.

Enfin, une proposition individuelle Bäumle distingue les produits à chauffer des cigarettes électroniques, et une proposition Landolt introduit de nouveaux alinéas visant à laisser la possibilité à l'exploitant de prévoir ou non des zones déterminées dans l'établissement pour l'usage de la cigarette électronique et des produits du tabac à chauffer. Avec cela, nous avons fait le tour de ce quatrième bloc.

Art. 21

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 21a

Antrag der Minderheit

(Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Glarner, Rösti, Rüegger, Schläpfer)

Titel

Abgabe an Personen im Asylprozess

Text

Die Abgabe von Tabakprodukten und von elektronischen Zigaretten an Personen im Asylprozess ist verboten.

Art. 21a

Proposition de la minorité

(Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Glarner, Rösti, Rüegger, Schläpfer)

Titre

Remise aux personnes faisant l'objet d'une procédure d'asile

Texte

La remise aux personnes faisant l'objet d'une procédure d'asile de produits du tabac et de cigarettes électroniques est interdite.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für den Titel von Kapitel 5.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21924)

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

Dagegen ... 134 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 22–26

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté





Art. 26a

Antrag der Mehrheit
Streichen

Antrag der Minderheit

(Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Meyer Mattea, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia, Weichelt-Picard)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 26a

Proposition de la majorité
Biffer

Proposition de la minorité

(Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Meyer Mattea, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia, Weichelt-Picard)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21926)

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 68 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Art. 27–30

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 31

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Glärner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Röstli, Rüegger, Schläpfer)

Streichen

Antrag Landolt

Abs. 1

Streichen

Abs. 2

Der Bundesrat kann ...

Schriftliche Begründung

Gemäss Artikel 31 Absatz 1 berücksichtigt der Bundesrat "beim Erlass seiner Ausführungsbestimmungen international anerkannte Richtlinien, Empfehlungen und Normen". Diese Bestimmung gibt dem Bundesrat einen grossen Handlungsspielraum. Selbst Bundesrat Berset hat in seinem Votum im Ständerat zu dieser Bestimmung gesagt, dass diese nicht nötig sei: "Zu Absatz 1 kann ich sagen, dass überhaupt nicht vorgesehen ist, damit an den internationalen Verträgen der Schweiz irgendetwas zu ändern. Die sind einfach nicht betroffen, und ich muss Ihnen sagen: Ich konnte mir nicht vorstellen, was die Diskussion jetzt hergeben würde. Ich habe das ein zweites und ein drittes Mal gelesen und mich bei der Verwaltung erkundigt. Hier im Gesetz ist einfach nur geschrieben, was heute gilt. Warum ist das so? Beim Rückweisungsantrag des Ständerates vor drei Jahren war klar, dass man so vieles wie möglich auf die Gesetzesebene bringen muss. Das war ein Teil des Rückweisungsantrages: so wenig wie möglich in der Verordnung, so viel wie möglich auf Gesetzesniveau; dies,



um Transparenz zu schaffen. Wir haben versucht, hier Transparenz zu schaffen, und dieser Artikel 31 Absatz 1 ist nichts mehr und nichts weniger als geltendes Recht von heute und bedeutet einfach, dass in Bezug auf die Verordnungen und vor allem auf die technischen Normen internationale Standards gelten. Wir haben da eine ganze Liste von technischen Normen, z. B. jene von 2006 zur Echantillonnage, zur Probeauswahl der Zigaretten. Das ist eine ISO-Norm. Es gibt andere ISO-Normen von 2009, 2011; diese wurden ab und zu ergänzt. Diese internationalen Normen haben wir, damit man wirklich weiss, was international wie geregelt wird. Was heute passiert, muss ehrlich gesagt nicht im Gesetz stehen." (AB 2019 S 981) Ich teile die Einschätzung von Bundesrat Berset, dass Artikel 31 Absatz 1 nicht im neuen Gesetz stehen muss. Damit die heutige Rechtslage weiter gilt, braucht es diesen Absatz nicht. Und wenn man diesen belässt, suggeriert man, dass der Bundesrat mit dem neuen Gesetz mehr Kompetenzen hat als heute. Dies ist aber laut Bundesrat Berset nicht beabsichtigt.

Art. 31

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

AB 2020 N 2376 / BO 2020 N 2376

Proposition de la minorité

(Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Rösti, Rüegger, Schläpfer)
Biffer

Proposition Landolt

Al. 1

Biffer

Al. 2

Le Conseil fédéral peut ...

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21927)

Für den Antrag der Mehrheit ... 109 Stimmen

Für den Antrag Landolt ... 81 Stimmen

(1 Enthaltung)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21928)

Für den Antrag der Mehrheit ... 137 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 55 Stimmen

(1 Enthaltung)

Art. 32

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Rösti, Rüegger, Schläpfer)

Abs. 2

Streichen

Art. 32

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Rösti, Rüegger, Schläpfer)

Al. 2

Biffer



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21929)

Für den Antrag der Mehrheit ... 140 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

(1 Enthaltung)

Art. 33, 34

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 35

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia, Weichelt-Picard)

Abs. 5

Bei wiederholten oder schweren Widerhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes betreffend die Abgabe an Minderjährige (Art. 21) kann die zuständige kantonale Behörde einem Betrieb den Verkauf aller oder bestimmter Tabakprodukte und elektronischer Zigaretten vorübergehend oder dauerhaft verbieten.

Art. 35

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia, Weichelt-Picard)

Al. 5

En cas d'infractions répétées ou graves aux prescriptions de la présente loi relatives à la remise aux mineurs (art. 21), l'autorité cantonale compétente peut interdire, en totalité ou en partie, à une entreprise la vente de produits du tabac ou de cigarettes électroniques, provisoirement ou durablement.

Abs. 5 – Al. 5

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 14b LMG.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21930)

Für den Antrag der Minderheit ... 69 Stimmen

Dagegen ... 123 Stimmen

(1 Enthaltung)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 36–39

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté



Art. 40

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Röstli, Rüeggli, Schläpfer)
Der Bund trägt die Kosten für den Vollzug dieses Gesetzes.

Art. 40

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Röstli, Rüeggli, Schläpfer)
La Confédération assume les frais d'exécution de la présente loi.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21931)

Für den Antrag der Mehrheit ... 128 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 64 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 41, 42

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 43

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Meyer Mattea, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia, Weichelt-Picard)

Abs. 1 Bst. e

e. ... an Minderjährige (Art. 21) zuwiderhandelt, sofern ihr oder sein Arbeitgeber nicht nach Absatz 4 strafbar ist;

AB 2020 N 2377 / BO 2020 N 2377

Abs. 4

Mit Busse bis zu 40 000 Franken wird ein Unternehmen bestraft, dessen Angestellte die Vorschriften über die altersabhängige Abgabe (Art. 21) verletzen.

Abs. 5

Als Unternehmen im Sinne von Absatz 4 gelten:

- a. juristische Personen des Privatrechts;
- b. juristische Personen des öffentlichen Rechts;
- c. Personengesellschaften;
- d. Einzelfirmen.

Art. 43

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats



Proposition de la minorité

(Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Meyer Mattea, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia, Weichelt-Picard)

Al. 1 let. e

e. ... remise aux mineurs (art. 21), pour autant que son employeur ne soit pas punissable au sens de l'alinéa 4;

Al. 4

Est punie d'une amende de 40 000 francs au plus l'entreprise dont les employés enfreignent les prescriptions relatives à la remise en fonction de l'âge (art. 21).

Al. 5

Sont des entreprises au sens de l'alinéa 4:

- a. les personnes morales de droit privé;
- b. les personnes morales de droit public;
- c. les sociétés de personnes;
- d. les entreprises individuelles.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 64 Absatz 1 Buchstabe h und Absatz 6 LMG.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21932)

Für den Antrag der Mehrheit ... 124 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 69 Stimmen

(1 Enthaltung)

Art. 44–47

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 48

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Prelicz-Huber, Maillard, Rytz Regula, Weichelt-Picard)

Abs. 1

Verpackungen, die zur Bereitstellung auf dem Markt bestimmt sind und deren Kennzeichnung Artikel 8 nicht entspricht, dürfen noch während eines Jahres ab Inkrafttreten dieses Gesetzes nach bisherigem Recht eingeführt und hergestellt werden. Sie können bis zur Erschöpfung der Bestände nach bisherigem Recht an Konsumentinnen und Konsumenten verkauft werden.

Abs. 2

Tabakprodukte, die zur Bereitstellung auf dem Markt bestimmt sind und deren Kennzeichnung den Artikeln 10 bis 15 nicht entspricht, dürfen noch während eines Jahres ab Inkrafttreten dieses Gesetzes nach bisherigem Recht eingeführt und hergestellt werden. Sie können bis zur Erschöpfung der Bestände nach bisherigem Recht an Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden.

Art. 48

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats



Proposition de la minorité

(Prelicz-Huber, Maillard, Rytz Regula, Weichelt-Picard)

Al. 1

Conformément à la législation en vigueur, les emballages destinés à être mis sur le marché et dont l'étiquetage n'est pas conforme à l'article 8 peuvent continuer à être importés et fabriqués pendant une année après l'entrée en vigueur de la présente loi. Ils peuvent être vendus aux consommateurs jusqu'à épuisement des stocks en vertu de la législation en vigueur.

Al. 2

Les produits du tabac qui sont destinés à être mis à disposition sur le marché et dont l'étiquetage n'est pas conforme aux articles 10 à 15 peuvent encore être importés et fabriqués selon l'ancien droit durant un an à compter de l'entrée en vigueur de la présente loi. Ils peuvent être remis aux consommateurs, selon l'ancien droit, jusqu'à épuisement des stocks.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Über den Antrag der Minderheit Prelicz-Huber haben wir bereits bei Artikel 8 Absätze 1 und 2 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 49, Anhang 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 49, annexe 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Anhang 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Bäumle

Ziff. 2

...

5 Nicotine 20 mg/Beutel (30 mg/gr)

Schriftliche Begründung

Jedes Produkt sollte einen Nikotin-Maximalwert einhalten. Dieser Wert muss sicherstellen, dass die entsprechende Produktkategorie für Raucher als schadensmindernde Alternative attraktiv bleibt, es jedoch in keinem Fall zu gesundheitlichen Schädigungen kommen kann. Jede Produktkategorie braucht eine andere Dosierung der Inhaltsstoffe, da die Aufnahme, über Lunge oder Mundschleimhaut, unterschiedlich erfolgt. Die schnellste Aufnahmefähigkeit von Nikotin passiert bei Zigaretten, weil das Nikotin von der Lunge sehr schnell ins Blut übergeht – bis zu 100 Prozent des Nikotins wird in Zigaretten aufgenommen, bei Snus liegt man bei rund 30 bis 40 Prozent. Eine Überdosis an Nikotin kann zu lebensbedrohlichen Folgen führen. Dementsprechend ist ein Maximalgrenzwert mehr als angesagt. Bei einer Zigarette mit maximal 1 mg Nikotin Emission beträgt der Nikotin-Wert 16,1 mg bis 16,5 mg/Zigarette. Im Dezember 2019 hat eine russische Firma ein Tabakprodukt zum oralen Gebrauch mit 250 mg Nikotin/Beutel auf den Markt gebracht. Das ist inzwischen verboten. Der jetzt vorgeschlagene Maximalwert wäre um ein Zwölffaches kleiner. Warum eine Höchstmenge pro Beutel und nicht pro Gramm? Der Beutel ist die Einheit, die der Konsument benutzt. Mit dem Maximalwert pro Beutel wäre es nicht von Belang, ob dieser nun gross oder klein ist. Der Maximalwert für Nikotin bleibt bei 20 mg. Was enthält ein Tabakprodukt zum oralen Gebrauch: Wasser, Salz, Tabak oder Nikotin, Natron, Alginat und Aromen. Der Anteil an Nikotin sollte den Wert von 3 Prozent nicht überschreiten. In der EU wird momentan jedoch eine Selbstregulierung der Industrie ausgearbeitet, die ebenfalls einen Maximalwert von 20 mg/Beutel vorschlägt.



Annexe 2

AB 2020 N 2378 / BO 2020 N 2378

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Bäumle

Ch. 2

...

5 Nicotine 20 mg/sachet (30 mg/gr)

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21933)

Für den Antrag der Kommission ... 175 Stimmen

Für den Antrag Bäumle ... 19 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Änderung anderer Erlasse

Modification d'autres actes

Ziff. 1 Art. 14

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Meyer Mattea, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Weichelt-Picard)

Abs. 1

Die Abgabe von Spirituosen, Premixes (Mischgetränke auf Spirituosenbasis) und Alcopops an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren und von übrigen alkoholischen Getränken an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren ist verboten.

Abs. 3

Vorbehalten bleiben Abgabe- und Werbebeschränkungen nach den folgenden Gesetzen:

a. Bundesgesetz vom 24. März 2006 über Radio und Fernsehen;

b. Streichen

Ch. 1 art. 14

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Meyer Mattea, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Weichelt-Picard)

Al. 1

La remise de spiritueux, de prémix (boissons mélangées à base de spiritueux) et d'alcopops aux enfants et aux jeunes de moins de 18 ans et d'autres boissons alcooliques aux enfants et aux jeunes de moins de 16 ans est interdite.

Al. 3

Les restrictions imposées par les lois suivantes en matière de remise d'alcool et de publicité pour l'alcool sont réservées:

a. loi fédérale du 24 mars 2006 sur la radio et la télévision;

b. Biffer

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Der Antrag der Minderheit wurde zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité



Ziff. 1 Art. 14a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 14a

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 14b

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia, Weichelt-Picard)

Titel

Verstoss gegen die Vorschriften über die altersabhängige Abgabe

Text

Bei wiederholten oder schweren Widerhandlungen gegen die Vorschriften über die altersabhängige Abgabe alkoholischer Getränke (Art. 14 Abs. 1) kann die zuständige kantonale Behörde einem Betrieb den Ausschank von oder den Detailhandel mit alkoholischen Getränken vorübergehend oder dauerhaft verbieten.

Ch. 1 art. 14b

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia, Weichelt-Picard)

Titre

Infraction aux prescriptions sur la remise en fonction de l'âge

Texte

En cas d'infractions répétées ou graves aux prescriptions relatives à la remise de boissons alcooliques en fonction de l'âge (art. 14 al. 1), l'autorité cantonale compétente peut interdire à une entreprise la remise ou la vente de boissons alcooliques, provisoirement ou durablement.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Über den Antrag der Minderheit Feri Yvonne haben wir bereits bei Artikel 35 Absatz 5 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 64

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Meyer Mattea, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia, Weichelt-Picard)

Abs. 1 Bst. h

h. den Vorschriften über die Abgabe alkoholischer Getränke zuwiderhandelt, sofern ihr oder sein Arbeitgeber nicht nach Absatz 6 strafbar ist;

Abs. 6

Mit Busse bis zu 40 000 Franken wird ein Unternehmen bestraft, dessen Angestellte die Vorschriften über die Abgabe alkoholischer Getränke (Art. 14 Abs. 1) verletzen. Als Unternehmen im Sinne dieses Absatzes gelten:

a. juristische Personen des Privatrechts;



- b. juristische Personen des öffentlichen Rechts;
- c. Personengesellschaften;
- d. Einzelfirmen.

Ch. 1 art. 64

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Meyer Mattea, Prelicz-Huber, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia, Weichelt-Picard)

Al. 1 let. h

h. enfreint les prescriptions concernant la remise de boissons alcooliques, pour autant que son employeur ne soit pas punissable au sens de l'alinéa 6;

Al. 6

Est punie d'une amende de 40 000 francs au plus l'entreprise dont les employés enfreignent les prescriptions relatives à la remise de boissons alcooliques (art. 14 al. 1). Sont des entreprises au sens du présent alinéa:

- a. les personnes morales de droit privé;
- b. les personnes morales de droit public;
- c. les sociétés de personnes;

AB 2020 N 2379 / BO 2020 N 2379

- d. les entreprises individuelles.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Über den Antrag der Minderheit Feri Yvonne haben wir bereits bei Artikel 43 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 73 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Hess Lorenz

Streichen

Schriftliche Begründung

Das Ziel von Artikel 73 Absatz 2 des Lebensmittelgesetzes ist eine Verlängerung der Übergangsregelung für Tabakprodukte im Lebensmittelgesetz und die Verhinderung einer Rechtslücke. Gemäss dieser Übergangsregelung gelten für Tabakprodukte bis zum Erlass eines entsprechenden besonderen Bundesgesetzes die Bestimmungen des früheren LMG. Da ein Inkrafttreten des neuen Tabakproduktegesetzes bis zum Ende der aktuellen Frist am 1. Mai 2021 nicht realistisch ist, hat die SGK-N beschlossen, die Kommissionsinitiative 20.459 zu ergreifen, um die Übergangsregelung für Tabakprodukte im Lebensmittelgesetz von vier auf acht Jahre zu verlängern. Der Erlassentwurf zur parlamentarischen Initiative 20.459 wurde von beiden Kommissionen angenommen und wird während dieser Session von beiden Räten im Sonderverfahren beraten. Die Übergangsregelung kann einzig mittels der Initiative 20.459 noch rechtzeitig vor ihrem Auslaufen verlängert werden. Der Bundesrat unterstützt deswegen die Vorlage zur Umsetzung der Initiative 20.459 und beantragt mit seiner Stellungnahme vom 18. November 2020 die Zustimmung zum Entwurf. Als Folge der Umsetzung der Kommissionsinitiative 20.459 ist Artikel 73 Absatz 2 des Lebensmittelgesetzes nicht mehr nötig und soll deshalb aus der Vorlage gestrichen werden.

Ch. 1 art. 73 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats



Proposition Hess Lorenz
Biffer

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 15.075/21934)
Für den Antrag Hess Lorenz ... 194 Stimmen
Für den Antrag der Kommission ... 0 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Ziff. 2 Art. 2
Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit
(Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Nantermod, Rösti, Rüegger, Sauter, Schläpfer)
Abs. 1 Bst. b
Streichen

Antrag Bäumle
Abs. 1 Bst. b

b. die Verwendung von Tabakprodukten zum Erhitzen nach Artikel 3 Buchstabe c des Tabakproduktegesetzes.
Schriftliche Begründung

Das Bundesgesetz regelt hier den Schutz der Bevölkerung und des Personals vor dem Passivrauchen insbesondere in Restaurants. Dies ist bei Produkten, welche Tabak verbrennen, richtig, da entsprechende Emissionen durch Rauch entstehen. Dieser Rauch enthält Partikel mit lungengängigen Schadstoffen und potenziell auch krebserregende Substanzen. Dieser Rauch kann auch Menschen im Umfeld der aktiven Raucher gefährden. Hingegen enthalten E-Zigaretten lediglich Propylenglykol und Glycerin, Aroma und Nikotin. Beim Dampfen entstehen entsprechend praktisch nur Dampf und Aerosole mit etwas Aroma und Nikotin. Es ist nicht begründbar, warum reine E-Zigaretten bezüglich Passivrauchen den Zigaretten gleichzustellen sind. Die potenziellen Schadstoffe könnten höchstens den Raucher selber gefährden, allerdings ist die Belastung mutmasslich maximal 5 Prozent der Belastung des Rauchens einer Zigarette – ausser beim Nikotin. Hingegen ist eine Belastung bei normaler Belüftung für weitere Personen, die im Raum sind, kaum nachweisbar und eine Gefährdung für die Gesundheit praktisch ausgeschlossen. Insbesondere ist auch die Nikotinkonzentration zu tief, um in Räumen andere Personen zu betreffen. Im Gegenteil würden so Raucher, die von den schädlichen Zigaretten auf deutlich weniger schädliche E-Zigaretten umstellen wollen, wieder in z. B. Fumoirs gedrängt, wo sie wieder mit Zigarettenrauch in Kontakt kommen und so ein Umstieg erschwert werden könnte. Mit dem Antrag sollen klar nur die reinen E-Zigaretten ausgenommen werden, während Produkte, die direkt oder indirekt Tabak verbrennen oder auch erhitzen, dem Passivrauchschutz unterliegen. Damit wird eine klare Trennung von reinen Dampfprodukten und Tabakprodukten vorgenommen. Mit dieser – bisher noch gültigen – liberalen Lösung kann der Besitzer oder Pächter eines Restaurants entscheiden, ob, wann und wo er E-Zigaretten zulassen will oder eben auch nicht.

Antrag Landolt
Abs. 4

Die Betreiber von Restaurations- und Hotelbetrieben können die Verwendung von elektronischen Zigaretten und Tabakprodukten zum Erhitzen in bestimmten Zonen des Betriebs gestatten.

Abs. 5

Die Verwendung von elektronischen Zigaretten und von Tabakprodukten zum Erhitzen kann in bestimmten Zonen spezialisierter Verkaufsgeschäfte gestattet werden.

Abs. 6

Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

Schriftliche Begründung

Die Minderheit Glarner möchte, dass der Konsum von elektronischen Zigaretten und Tabakprodukten zum Erhitzen in allen Räumen nach Artikel 1 Absätze 1 und 2 BRG weiterhin erlaubt bleibt. Aus rein gesundheitspolitischer Sicht spricht in Bezug auf das Passivrauchen wenig dagegen, dass Konsumenten von elektronischen



Zigaretten und von Tabakprodukten zum Erhitzen nach wie vor die Möglichkeit haben, ihre Produkte in gastgewerblichen Einrichtungen zu geniessen. Erlaubt man den Konsumenten von elektronischen Zigaretten und von Tabakprodukten zum Erhitzen nicht, ihre Produkte in gastgewerblichen Einrichtungen zu geniessen, müssen sie diese zusammen mit den Rauchern von Zigaretten in Fumoirs konsumieren. Dies ist bezüglich Schutz vor Passivrauchen genau der falsche Weg, weil die Konsumenten von elektronischen Zigaretten und von Tabakprodukten zum Erhitzen dort den sehr giftigen Emissionen von Zigaretten ausgesetzt sind. Mit diesem Antrag soll deshalb die vom Bundesrat im Detail zu regelnde Möglichkeit von separaten Einrichtungen oder Zonen geschaffen werden.

Ch. 2 art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Nantermod, Rösti, Rüegger, Sauter, Schläpfer)

Al. 1 let. b

Biffer

AB 2020 N 2380 / BO 2020 N 2380

Proposition Bäumle

Al. 1 let b

b. d'utiliser des produits du tabac à chauffer au sens de l'article 3 lettre c LPTab.

Proposition Landolt

Al. 4

Les exploitants d'établissements d'hôtellerie ou de restauration peuvent autoriser l'usage de la cigarette électronique et des produits du tabac à chauffer dans des zones déterminées de leur établissement.

Al. 5

L'usage de la cigarette électronique et des produits du tabac à chauffer peut être autorisé dans des zones déterminées des magasins de vente spécialisés.

Al. 6

Le Conseil fédéral règle les modalités.

Abs. 1 Bst. b – Al. 1 let. b

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21935)

Für den Antrag der Mehrheit ... 165 Stimmen

Für den Antrag Bäumle ... 28 Stimmen

(1 Enthaltung)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21936)

Für den Antrag der Mehrheit ... 104 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 85 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Abs. 4–6 – Al. 4–6

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.075/21937)

Für den Antrag Landolt ... 109 Stimmen

Dagegen ... 75 Stimmen

(7 Enthaltungen)



*Übrige Bestimmungen angenommen
Les autres dispositions sont adoptées*

Ziff. 3 Art. 10 Abs. 1 Bst. a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 3 art. 10 al. 1 let. a

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 15.075/21938)

Für Annahme des Entwurfes ... 84 Stimmen

Dagegen ... 59 Stimmen

(47 Enthaltungen)

1. Bundesgesetz über Tabakprodukte

1. Loi fédérale sur les produits du tabac

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

(= Abschreiben der Vorlage)

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

(= Classer le projet)

Angenommen – Adopté

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires

selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté